schweizer monat SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Helvetische Geopolitik?

Werte, Ziele, Strategien für die Schweiz im 21. Jahrhundert

SONDERTHEMA 8 / DEZEMBER 2012

1 **Schweiz 2050** *Mark Medish*
2 **Schönwetterchancen** *Thomas Schmidheiny*
3 **Die Macht der Maklerin** *Simon J. Evenett*
4 **Die Schweiz im asiatischen Jahrhundert** *Urs W. Schoettli*
5 **Standortfaktor Recht** *Anne van Aaken*
6 **Schanghai boomt** *Gunnar Heinsohn*

Max Schmidheiny-Stiftung
an der Universität St. Gallen

«Um ihre Positionen im Spiel globaler Interessenpolitk selbstbewusst vertreten und wahren zu können, braucht die Schweiz eine höhere Strategiefähigkeit – als Ergebnis eines intensiven Dialogs von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.»

Andreas Kirchschläger, Delegierter der Max Schmidheiny-Stiftung

Keine Frage: wir leben in spannenden, in spannungsvollen, in gespannten Zeiten. Die Nachbarländer, an denen die Schweiz sich wirtschaftlich jahrzehntelang gemessen und sich dabei wohlgefühlt hat, sind längst nicht mehr die Benchmark. Grosse institutionelle Gebilde wie die Europäische Union haben Risse bekommen und beginnen zu wanken. Neue, fremde, grosse Mächte treten auf und gehen in Europa, aber auch auf dem ressourcenreichen afrikanischen Kontinent oder in Südamerika auf Einkaufstour. Die Lage ist unübersichtlich, der strategische Opportunismus nimmt zu, eine ordnende Weltmacht existiert nicht mehr. Wird das 21. Jahrhundert ein asiatisches sein? Werden Merkantilismus und Protektionismus wieder aufleben? Kommt die althergebrachte multipolare Machtpolitik wieder zum Zuge, während internationale Gremien und Institutionen, die für Recht und Ordnung sorgen, an Einfluss verlieren? Werden sich autoritäre Staatenmodelle mit integrierter Wirtschaftspolitik bewähren und westliche Demokratien mit einer halbwegs freien Wirtschaft unter Druck setzen? Wie vermögen westliche Staaten den bisherigen Wohlstand und sozialen Frieden zu wahren?

Das sind Fragen, die die Schweiz beschäftigen müssen. Was bedeuten die skizzierten Entwicklungen für die zugleich bodenständige und global vernetzte Alpenrepublik? Wie soll sie sich intern positionieren? Wie flexibel kann der Kleinstaat in Zukunft agieren? Wie viel Macht kann er in die Waagschale werfen? Wie und wie weit soll er sich in internationale Organisationen einbinden lassen? Mit wem soll die Schweiz in einer neuen unübersichtlichen Welt zusammenspannen und zu wem sollte sie Distanz wahren?

Strategieüberlegungen haben in der helvetischen Öffentlichkeit an Relevanz gewonnen. Das Forum der Max Schmidheiny-Stiftung bietet Gelegenheit, solche Diskussionen ohne Scheuklappen zu führen. Das diesjährige Forum, das Mitte Oktober 2012 in Bad Ragaz stattfand, galt der Reflexion über die wirtschafts- und geopolitische Zukunft der Schweiz. Unternehmer, Politiker, Medienvertreter und andere engagierte Menschen haben ihre Standpunkte ausgetauscht, Szenarien antizipiert und strategische Optionen für die Schweiz hinterfragt. Mit dieser Sonderpublikation sollen die Diskussionen in die Öffentlichkeit getragen werden und Anlass zu vertiefter Reflexion bieten.

Wir wünschen anregende Lektüre!

Andreas Kirchschläger und René Scheu

1 Schweiz 2050

Die Schweiz braucht eine Vision, will sie im 21. Jahrhundert ihre Stellung in der Welt festigen. Allein: sie fehlt. Überlegungen und Anregungen eines neulich weitgereisten US-Amerikaners zur potentiellen Vorreiterrolle einer kleinen Alpenrepublik.

von Mark Medish

Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, innerhalb einer Woche Dänemark, die Schweiz und Singapur zu bereisen. Während dieses Trips bemerkte ich, dass alle drei Länder, jedes auf seine Art, eine kleine, besondere Gruppe von Staaten in unserem nunmehr globalen Dorf repräsentieren. Diese aparte Gruppe könnte man als SWOPs bezeichnen: *Small, Well Organized, Prosperous Countries.* Zu Deutsch: kleine, gut organisierte Wohlstandsländer.

Eigentlich war ich in jedes dieser Länder eingeladen, um mit Vordenkern aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über die Herausforderungen zu sprechen, mit denen diese Länder im noch jungen Jahrhundert konfrontiert sind – und sein werden. Es mag überraschen, dass von mir als US-Amerikaner Hinweise auf Strategien für diese Länder erwartet wurden. Schliesslich hatten die USA im Jahr 2008 die Finanzkrise losgetreten und somit grosse Teile der weltweiten Ökonomie in die Rezession geschickt. Meine Heimat war es auch, die im Irak und in Afghanistan zwei zweifelhafte und kostspielige Kriege führte.

Der Westen muss sich einmal mehr neu erfinden.

Richte keinen Schaden an – das ist eine wertvolle Handlungsmaxime für politisch und wirtschaftlich mächtige Staaten wie die USA. Und deshalb hüte ich mich davor, anderen Ländern ungebetene Ratschläge zu erteilen. Aber mir ist zugleich klar, dass sich ein Land wie die Schweiz fragt, wie SWOPs künftig überleben können. Es ist mittlerweile ein Gemeinplatz, dass starke Kräfte wirken, die sich ausserhalb der Kontrolle einzelner Nationalstaaten befinden: Innerhalb der nächsten 40 Jahre wird die Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Seelen wachsen. Das Epizentrum dieses demographischen Wandels wird in Asien, Afrika und Lateinamerika liegen. Das Zentrum der wirtschaftlichen Macht wird sich, das ist ebenso sicher, nach Osten verlagern, in Richtung China.

Der sogenannte Westen, wozu die Schweiz wie die USA kulturgeschichtlich zweifellos zu zählen sind, ist bisher nicht unbedingt mit zukunftsfähigen Konzepten hervorgetreten, die die sich abzeichnenden demographischen, sozialen und ökonomischen Umwälzungen angemessen berücksichtigen oder diesen gar mit einer Strategie begegnen. Der Westen muss sich, will er seinen zivilisatorischen Einfluss bewahren, einmal mehr neu erfinden. So wie er es nach den zwei Weltkriegen getan hat.

Mark Medish
ist Präsident von Guggenheim International, LLC. Er war nationaler Sicherheitsberater unter Bill Clinton. Medish ist Co-Vorsitzender des jährlich stattfindenden St. Gallen Symposiums.

Was auf uns zukommt

Schauen wir die Problemfelder, die sich mit den Umwälzungen zwingend ergeben, genauer an: Die weltweite Nachfragekurve für Ressourcen – Rohstoffe, Energie und Wasser – wird rasant ansteigen. Zwar ist mittlerweile Malthus' Prognose empirisch widerlegt, dass es weder genug Platz noch genügend Ressourcen für die heutige Zahl von Menschen auf diesem Planeten habe. Um ihn aber auch in den nächsten Jahrzehnten Lügen zu strafen, wird uns jede Menge Einfallsreichtum abverlangt werden, und wir werden phantastische Sprünge des technologischen Fortschritts hinlegen müssen, um einer steigenden Nachfrage nach lebenswichtigen Gütern auch ein steigendes Angebot gegenüberzustellen.

Der Klimawandel, ob nun vom Menschen verursacht oder natürlich-zyklisch, ist eine Tatsache und verlangt nach vom Menschen entwickelten und vor allem raschen Lösungen. Dies aus einem simplen Grund: wir können es uns nicht leisten, einen jahrhundertelangen Zyklus abzuwarten, der die Atmosphäre vielleicht irgendwann wieder herunterkühlt, Land vom Wasser wieder freigibt, kurz: die Welt «heilt». Die Wissenschaft wird sich mit neuen Modellen für Wetter, Landwirtschaft, Bewohnbarkeit und Epidemiologie auseinandersetzen müssen.

Nicht nur die Meeresspiegel dürften steigen, sondern auch die Zahl und Art von Sicherheitsbedrohungen. Ich rede von unkontrollierter, grenzüberschreitender Migration aufgrund von lokalen Konflikten, scheiternden Staaten, Klimaveränderungen oder einfach aufgrund wirtschaftlicher Faktoren. Die Verwundbarkeit der nationalstaatlichen Systeme mit ihrer zum Teil veralteten Infrastruktur ist offensichtlich. Dies gilt auch für die Telekommunikation: Cyber-Attacken sind heute bereits täglich in den Schlag-

zeilen, sie werden rasant zunehmen und – was das analoge Bedrohungspotential angeht – auch rasch aufschliessen zu den «alten» Sicherheitsbedrohungen durch chemische, biologische und radiologische Waffen.

Der aktuelle Zustand dessen, was wir als «Global Governance» bezeichnen, ist – rechtlich, regulatorisch und politisch – beklagenswert. Westliche Nationen, die an der Spitze der Befürworter einer progressiven Internationalisierung standen, haben sich unter dem Einfluss wirtschaftlicher Sachzwänge und realpolitischer Müdigkeitserscheinungen seit 1989/91 radikal gewandelt und stehen vor nationalen Scherbenhaufen, die es zuerst aufzukehren gilt.

Drei Problemfelder

Die Bürger sind zu Recht misstrauisch gegenüber politbürokratisch-technokratischen Megalösungen für die genannten Probleme. Nüchtern betrachtet ist die Welt viel zu komplex, um sie überhaupt überschauen oder gar zur Zufriedenheit aller managen zu können. Damit wäre das erste von drei grossen globalen Problemfeldern aufgerissen: die Komplexität. Das komplexe Zusammenspiel von dynamischen Variablen in der Finanz- und Wirtschaftswelt, aber auch in Politik, Umwelt und Sicherheit ist so unübersichtlich wie nie zuvor in unserer Geschichte. Selbst die Fortschritte im Quantencomputing werden uns kaum befähigen, die Wechselwirkungen des globalen Austauschs zu ordnen, zu verstehen oder gar angemessen darauf zu reagieren. Wir werden also auch in Zukunft nicht alle Risiken des globalen Wechselspiels antizipieren können. Und wir werden deshalb auch keine politische Globalstrategie anstreben können, die dieser Unübersichtlichkeit Rechnung trägt. Das macht die Entwicklung einzelner wirksamer Geschäftsstrategien und auch die politische Planung schwieriger als je zuvor.

Zweitens scheint mir in «reifen» Demokratien des Westens eine zunehmende politische Unreife auf dem Vormarsch, die der Komplexität allzu simple Lösungen entgegensetzt. Wir müssen uns fragen, warum die politische Führung sich häufiger in Populismus flüchtet, wenn nüchtern-analytisches Handeln angezeigt wäre. Die politischen Führungen wurden – nach den Vorgaben unserer demokratischen Entscheidungen – entweder durch unentschlossene Politiker, populistische Rhetoriker oder gar ganze extremistische Bewegungen ersetzt. Ich frage: Wo sind die neuen Roosevelts, Churchills, Adenauers, die mit unserer zunehmend komplexeren globalen Matrix gewissenhaft umgehen?

Das dritte grosse Problemfeld sind soziale Spannungen, die durch wachsende Ungleichheit *innerhalb* der Länder verursacht werden. Der technologische Fortschritt hebt zwar den durchschnittlichen Wohlstand, geht aber nicht automatisch einher mit dem, was als «Verteilungsgerechtigkeit» bezeichnet wird. Ob und wie eine solche überhaupt anzustreben ist, sei dahingestellt, aber in den USA hat sich das durchschnittliche Einkommensverhältnis vom Arbeitnehmer zum CEO in den letzten 30 Jahren drastisch verändert: von 1 zu 40 bis auf 1 zu 380. Relativ gesehen werden die Reichen also rasant reicher, während die Armen hinterherhinken oder gar ärmer werden. In den USA brechen derzeit weite Teile des Mittelstands weg. Lassen wir hier die Gerechtigkeitsfrage aussen vor, es geht vor allem um Besonnenheit. Wenn Geschäfts- und Politeliten mit extremen Einkommen ihren Sinn für andere Perspektiven und somit ihre Verankerung im allgemeinen menschlichen Befinden verlieren, kann dies für sie gefährlich werden.

Das beste Jahrhundert aller Zeiten?

Eines Morgens, es ist noch nicht lange her, fragte mein zehnjähriger Sohn mich auf dem Weg zur Schule, ob das 21. Jahrhundert wohl das beste Jahrhundert überhaupt werden könne. Kinder sind mit ihrer Direktheit oft sehr entwaffnend: Ich antwortete ihm so zuversichtlich, wie ich eben konnte: «Ja, das wird es wohl. Wir müssen einfach dafür sorgen, dass es das beste wird.» Ich bin sicher, dass Schweizer Eltern ähnliche Gespräche mit ihren Kindern führen. Die Frage für uns Erwachsene ist deshalb bestechend einfach, solange wir noch eine Chance haben, einen gewissen Einfluss auf die Ergebnisse auszuüben: Was müssen wir tun?

Das bringt mich zu den SWOPs zurück. Für die Schweiz – ein sehr gutes Beispiel für ein SWOP – schlage ich fünf Maximen für praktisches Handeln vor, die ihr dabei helfen können, durch das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu manövrieren. Ich schicke vorweg, dass es sich dabei um unwissenschaftliche Gedanken eines respektvollen Gasts handelt, nicht um Handlungsanweisungen eines Insiders mit tiefgreifendem Wissen.

Solange die Schweiz keinen Konsens darüber hat, was oder wer sie ist, kann sie ihren Standpunkt auch nicht vertreten.

1. Eine nationale Strategie

Jedes SWOP braucht eine eigene, nationale Strategie. Wir sprechen hier nicht über die vielzitierten Fünfjahrespläne, sondern von einer Art intellektueller High-Touch-Strategie. Dazu gesellen sich eine Reihe von normativen Zielen und passenden praktischen Taktiken, um diese innerhalb einer bestimmten Zeit zu erreichen. Es geht also nicht um eine PR-Kampagne, sondern um ein Narrativ der Schweizer Selbstwahrnehmung: Solange die Schweiz keinen Konsens darüber hat, was oder wer sie ist, kann sie ihren Standpunkt auch global nicht vertreten.

Die Schweiz verfügt über eine grosse kulturelle und sprachliche Vielfalt auf kleinstem Raum, sie ist beinahe ein Mikrokosmos der wichtigsten Kulturen des europäischen Kontinents. Das wird gern diagnostiziert, leider bleibt es weitgehend bei einer Diagnose, die Potentiale bleiben ungenutzt. Diese Vielfalt sollte, so möchte ich meinen, freilich eine Stärke sein, keine Schwäche. Damit das Ganze mehr als die Summe seiner Teile ist und zudem global ausstrahlt, muss der Schweizer Stoff sich gleichsam auf die

silbernen Fäden der Einheit konzentrieren. Dabei geht es nicht um Nationalismen oder Mythen, sondern um folgende, ganz subjektiv zu beantwortende Frage: Wenn Sie eine Geschichte über die Schweiz im Jahr 2050 erzählen müssten, was würden Sie gern sagen? Gelingt es der Schweiz, aus den vielen Einzelstimmen die besten Übereinstimmungen herauszufiltern, so fördert dies das Eigenverständnis zu Hause und im Ausland.

2. Lügen Sie sich nicht in die eigene Tasche!

Wie Shakespeare sagte: «Sei redlich gegen dich selbst.» Es ist unerlässlich für ein SWOP, das zu bewahren und zu pflegen, was man die «Magie des kleinen Massstabs» nennt. Es handelt sich darum, eigene organische Stärken zu identifizieren und sie zu pflegen. Zum Beispiel hat die Schweiz ein hervorragendes Bildungs- und Ausbildungssystem, das völlig heterogene Gesellschaftsgruppen auf einen höheren gemeinsamen Nenner hebt. Das Land ist spezialisiert auf effiziente Produktion und innovatives Handwerk, und es verfügt mit seiner direkten Demokratie über ein erprobtes Werkzeug, um die Politik zu steuern. Diese Attribute stehen hinter der aussergewöhnlichen Belastbarkeit, die die Schweiz als Land nun seit über einhundert Jahren auszeichnet. Die Welt braucht mehr von dem, worin die Schweiz gut ist – also täte die Schweiz gut daran, Wissen und Werte zu exportieren, die sich daheim als sinnvoll herausgestellt haben.

Um lokal zu bestehen, muss man global denken.

Ein Vorbild für diesen effizienten Umgang mit eigenen Stärken darf ein weiteres SWOP sein: Singapur. Der Stadtstaat war in den letzten Jahrzehnten gut darin, strategische Investitionen in seine Industrie zu tätigen. Singapurs Staatsfonds Temasek und GIC bauen die nationale Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand für die kommenden Jahrzehnte auf. Man erkannte den Erfolg der eigenen Strukturen früh, Singapur ist deshalb zu einem Exporteur von «Smart City»-Infrastrukturlösungen geworden, die auf der ganzen Welt gefragt sind.

3. Veränderungen begrüssen!

Wenn ich eben schrieb, dass man sich der eigenen Stärken bewusst sein muss, um diese zu kommunizieren, so heisst das nicht, dass man damit die Illusion nähren sollte, als Land in einem Vakuum zu leben. Wie der grosse italienische Schriftsteller Giuseppe Tomasi di Lampedusa beobachtete: «Wenn Sie wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, so muss sich alles ändern.» Ich paraphrasiere: Um lokal zu bestehen, muss man global denken. Dies ist keine neue Lektion, aber immer wieder eine Erinnerung wert: Der Heimmarkt Schweiz ist bei weitem nicht gross genug, um ausschliesslich auf eigene Rechnung hin gedeihen zu können. Und genau deshalb muss er immer seine Pforten geöffnet halten für neue, talentierte Arbeitskräfte, für Humankapital also ebenso wie für jede andere Art von Kapital.

Darüber hinaus ist ein komparativer Vorteil keine statische Grösse – gerade im Dienstleistungsbereich, einschliesslich des Finanzsektors. Die Schweiz könnte künftig im Onshore-Banking denselben Erfolg haben, den sie bisher im Offshore-Banking hatte. Denn: in Zeiten, in denen die weltweiten Regeln vor allem auf Transparenz im Banking ausgerichtet werden, während sich daheim die Fiskalbelastungen erhöhen, ist es wahrscheinlich schwierig, ein Bankengeschäftsmodell zu unterhalten, das in erster Linie auf dem erquicklichen Zustrom potenter Auslandskunden – auf der Suche nach Steueroasen und Finanzschlupflöchern – basiert.

4. Das «Donut-Problem»

Die Schweiz hat ein «Donut-Problem». Sie ist, politisch gesehen, das Loch in der Mitte eines Donuts. Das mag etwas gar amerikanisch klingen, aber ich will Ihnen sagen, was ich damit meine: Ich fragte im Vorfeld meiner Reise ein paar Freunde nach einem berühmten Schweizer Politiker, um mich selbst zu orientieren. Sie ahnen, was passierte: Niemand konnte mir auch nur einen einzigen Namen nennen. Nun mag man in der Schweiz argumentieren, dass ein Fehlen von Aushängeschildern kein Problem, sondern – umgekehrt – eine Lösung sei. Richtig ist wohl, dass das Phänomen eine Folge der dezentralen direkten Demokratie und ebenso dem Prinzip der Neutralität geschuldet ist, man also zwischen Basel und Chiasso gar keine markante Aussenpolitik anstrebt. Die Folge dieses «gefühlten Vakuums» an der Spitze eines Landes ist aber, dass, international betrachtet, die Schweiz keine klare Stimme hat und ebenso wenig eine Führungsrolle übernimmt. Oder noch kürzer: das Land hat politisch nicht eines, sondern mindestens sieben Gesichter – von denen keines für die Politik des Landes steht. Die Folgen für die internationale Wahrnehmung sind fatal.

In schlechten Zeiten wird die Schweiz als unnahbar, gierig und verschroben angesehen. Das weithin bekannte Bankgeheimnis nährt diese Wahrnehmung zusätzlich. Die Neutralität der Schweiz, die besondere historische Wurzeln hat und viele echte Vorteile, verwandelt sich in der Fremdwahrnehmung immer wieder in die eine oder andere Spielart des Opportunismus. Viele Nichtschweizer betrachten die Schweiz deshalb nicht als humanitäres Pionierland, sondern als Schacherparadies, das beim Handeln und Beherbergen keinerlei Unterschied macht zwischen einem ehrenhaften Geschäftsmann und den weltweit berüchtigtsten Stinktieren.

Um diese Reputationslücke zu einem gewissen Grad aufzufüllen, spielt die Schweiz vergleichsweise häufig die grosszügige Rolle des Gastgebers für internationale Institutionen. Das Internationale Rote Kreuz, die WTO, die WHO, grosse Teile der UNO-Institutionen, der Menschenrechtsrat, das WEF: Wer heute «Genf» oder «Davos» sagt, weiss, was sich politisch und wirtschaftlich dahinter verbirgt, ohne dass man vorher an grosse Wasserfontänen oder Skirennen hat denken müssen. Auf diesem Wege, so möchte ich meinen, macht die Schweiz viel Reputationsboden wieder gut,

sie sollte aber die systematische Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Ländern wie den USA durch institutionalisierte Dialoge und Handelsdiplomatie auch politisch stärker forcieren. Gesichtslosigkeit ist ein politischer Luxus, den sich in einer ohnehin unübersichtlichen Welt wohl nur wenige Länder werden künftig leisten können.

5. Vorstellen einer europäischen Zukunft

Man könnte sagen, dass die Schweiz sich zwar auf europäischem Boden befindet, aber kein Teil dessen ist, was viele Politiker meinen, wenn sie heute von «Europa» sprechen. Eine distanzierte Haltung zur EU ist glaubwürdig und auch umsichtig für ein SWOP. Die nordeuropäischen Länder verfolgen einen ähnlichen Ansatz. Es ist vernünftig, Vor- und Nachteile eines Beitritts mit Bedacht aufzuzeigen und diejenigen Vorteile zu ergreifen bzw. Zugeständnisse zu machen, die eine bestmögliche Integration bei gleichzeitiger Wahrung der Eigenverantwortlichkeit erlauben. Allerdings: die Schweiz sollte sich von der derzeitigen Krise der Euro-Zone nicht zum Glauben verleiten lassen, sich auf einer einsamen, sicheren Insel zu befinden. Auch wenn sich derzeit die Befürchtungen der Euro-Skeptiker zu bestätigen scheinen, die Schweiz kann nicht dauerhaft ein Donut-Loch in einem nur wenig grösseren Donut-Loch sein, sie muss ihren geldpolitischen Weg mit Bedacht wählen, eventuelle Allianzen mit anderen Währungsräumen andenken. Die Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro war ein ebenso schwieriger wie lobenswerter geldpolitischer Schritt. Europa und sogar der Euro sind wahrscheinlich gekommen, um zu bleiben.

Gastgeberrolle neu definieren

Fassen wir die vorgeschlagenen Imperative zusammen: Die Schweiz braucht eine nationale Strategie, um international ein Gesicht zu erhalten. Hierzu muss sie sich des kleinsten gemeinsamen Nenners ihrer Stärken bewusst sein, sie muss ehrlich mit sich selbst und anderen sein und weiterhin den Fortschritt begrüssen, statt auf konservative Imagepflege zu setzen. Sie braucht eine politische Stimme und muss sich Allianzen suchen, die diese stärken und ihr international mehr Gewicht verleihen. Um all dies mit einem Schlag auf den Weg zu bringen, braucht es Denkarbeit im Inneren und Zeichen nach aussen.

Die folgende Idee, hier nur skizzenhaft angerissen, könnte der erste Schritt sein: Die Schweiz sollte, und dies recht bald, für einmal nicht nur als bequemer neutraler Gastgeber fungieren. Sie sollte eine erste Sitzung der Liga oder der Union der SWOPs einberufen, um die gemeinsamen globalen Herausforderungen dieser Länder zu diskutieren. Neben Singapur und Dänemark – und je nach Aufnahmekriterien, die so locker wie möglich sein sollten – wären auch die übrigen Skandinavier, Holland, Estland, Neuseeland, Hongkong, Costa Rica und eventuell Australien und Kanada Kandidaten für diesen neu zu formierenden Player in der Weltpolitik. Die SWOP-Gruppe könnte von den Schweizer Behörden initiiert werden, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einer führenden Universität wie der ETH Zürich, der HSG St. Gallen oder Universität Genf. Auf der Tagesordnung wäre natürlich nicht die Weltherrschaft, sondern bloss zwei Punkte: der Blick auf innovative Strategien für die Aufrechterhaltung der Identität der relativ kleinen Länder und das Management von Risiken in einer sich weiterhin schnell globalisierenden Welt.

Um es noch einmal zu wiederholen: es geht nicht um eine PR-Kampagne. Es soll nicht um Beschönigung oder Marketing gehen, sondern um eine mögliche künftige Realität. Auf dem Spiel steht dabei nicht nur die Reputation der einzelnen Länder, sondern auch jene von Einzelpersonen oder Unternehmen. SWOPs sind nicht bedeutend anders als andere Länder, aber sie haben den echten globalen Vorteil, klein, potentiell wendig, gut organisiert und vergleichsweise wohlhabend zu sein. Die wahre Herausforderung für die Schweiz besteht in einer zunehmend dynamischeren Welt darin, einen genuin schweizerischen Weg zu einer Vision für dieses Land zu finden – zu einer Vision dessen, was das Land im, sagen wir, Jahr 2050 tatsächlich sein will. Es steht also jede Menge Denkarbeit an. Diese überlasse ich nun gerne den klugen Köpfen der einzelnen SWOPs, in diesem Fall den klugen Köpfen der Schweiz. Dazu gehören auch Sie. ‹

Die Schweiz kann nicht dauerhaft ein Donut-Loch in einem nur wenig grösseren Donut-Loch sein.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Wiederstein.

2 Schönwetterchancen

Die Schweiz ist nach wie vor eine Insel der Stabilität. Als solche verfügt sie über das Privileg, nicht handeln zu müssen. Will sie ihre Position bewahren, sollte sie es trotzdem tun. Einige konkrete Reformvorschläge.

von Thomas Schmidheiny

Wohin treibt die Schweiz? Wohin soll sie steuern? Die Grundsatzfrage ist zu unserer ständigen Begleiterin geworden. Sie schwingt ständig mit, in Gesprächen mit Unternehmern, am Familientisch, am Stammtisch, unter Freunden. Ernsthaft gestellt wird sie freilich erst dann, wenn die angeblich bewährten Positionen plötzlich ins Rutschen geraten.

Meine Grossmutter pflegte zu sagen: «Der Mensch muss müssen.» Dieser Satz hat mich geprägt. Wer nicht muss, handelt nicht. Bequemlichkeit und Trägheit obsiegen über den Willen zu Veränderung und Verbesserung. Gleiches gilt für die Eidgenossenschaft: Die Schweiz verändert sich nur dann, wenn der äussere Druck so gross ist, dass sie nicht mehr anders kann, als sich zu bewegen. Dies scheint zurzeit in vielen Bereichen *nicht* der Fall zu sein. Selbst in den Dossiers Flughafen und Steuerabkommen wurden nur halbherzige Strategien ausgearbeitet, die bloss für den Moment geschaffen sind. Wir wursteln uns durch. Und wir lesen es Tag für Tag in den Zeitungen: Es geht uns in der Schweiz relativ gut, mit Betonung auf «relativ». Die Staatsverschuldung ist dank Schuldenbremse gesunken, der Wohlstand ist intakt, die Arbeitslosigkeit gering, die Lebensqualität hoch – Vergleiche mit den Staatshaushalten der USA und der Länder der Eurozone versichern uns täglich aufs neue: Die Schweiz ist nach wie vor eine Insel der Stabilität.

Materieller Komfort entzieht langfristig ausgerichteten Veränderungen ihre stärkste Triebkraft.

Diese Sicht bekommen wir von aussen immer wieder bestätigt. Asiatische Beobachter drücken uns gegenüber regelmässig ihre Bewunderung aus, und wir erinnern uns gerne an den ehemaligen französischen Justizminister Robert Badinter, der sagte: *«La Suisse est une chère, vieille et grande nation européenne.»* Gleichzeitig besteht im Innern ein geradezu lustvoll ausgelebter Hang zur Selbstkasteiung, der von der veröffentlichten Meinung gerne angefeuert wird. In besonderer Erinnerung bleibt dabei der Slogan der Expo in Sevilla, der da lautete: *«La Suisse n'existe pas.»* Zwischen dem realen Wohlstand und der virtuellen Miesepeterei sehe ich einen Zusammenhang: Man muss es sich leisten können, sich selbst schlechtzureden.

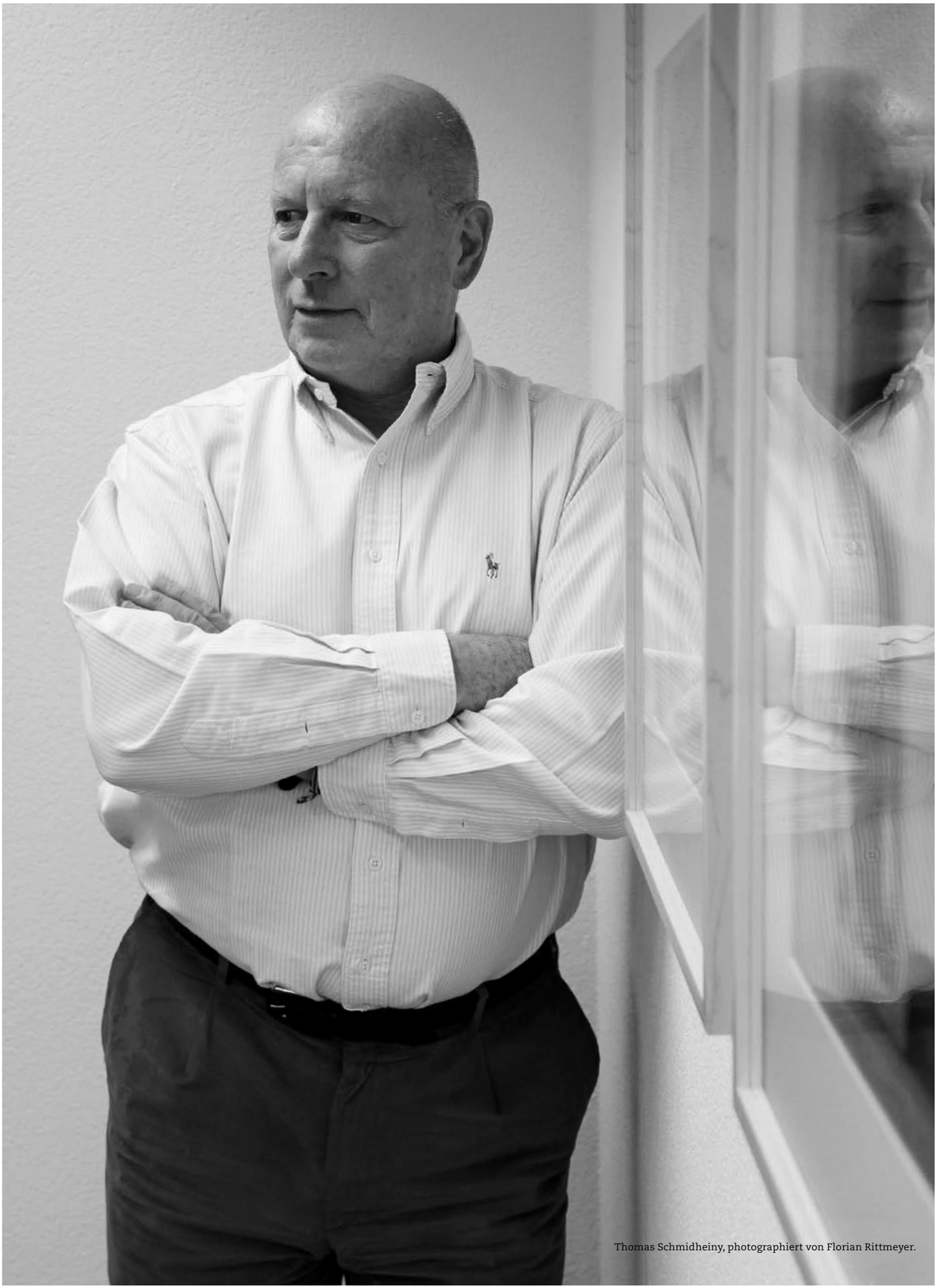
Thomas Schmidheiny
ist Unternehmer, Verwaltungsrat und Grossaktionär des global tätigen Zementherstellers Holcim. Er ist Präsident der Max- Schmidheiny-Stiftung und besitzt verschiedene Weinberge in der Schweiz, Argentinien und den USA.

Ebenfalls leisten können wir uns den Eindruck, der Devise meiner Grossmutter zu widersprechen und nicht handeln zu müssen. Materieller Komfort entzieht langfristig ausgerichteten Veränderungen ihre stärkste Triebkraft. Eine alte unternehmerische Lektion lautet jedoch, dass langfristig angelegte Veränderungen besser aus einer Position der Stärke als aus einer Position der Schwäche angepackt werden. Denn das vergleichsweise schöne Wetter bietet die Chance, sich auf mögliche Stürme vorzubereiten.

Offenheit, Unternehmergeist, Sicherheit

Neben der politischen und sozialen Stabilität besteht eine der grossen Stärken der Schweiz in ihrer Ausrichtung auf die ganze Welt. Natürlich sind wir geographisch, kulturell und wirtschaftlich in Europa verankert, doch die Schweiz ist ein globaler Hub, der sich durch Weltoffenheit in vielen Belangen auszeichnet. Es ist manchmal verlockend, mit Blick auf den Flughafenstreit mit Deutschland Gedankenspiele über Einschränkungen für deutsche Lastwagen und laute deutsche Güterzüge anzustellen. Aber die gedanklichen Verlockungen stehen einer einfachen Erkenntnis gegenüber: Einigelung hat die Schweiz noch nie vorwärtsgebracht.

Die globale Ausrichtung zwingt unser Land, eine Flexibilität zu bewahren, die manche «Pragmatismus» nennen, andere «Problemlösungsorientierung». Es gibt meines Wissens in der Schweizer Industrie zurzeit wenig Restrukturierungsbedarf – der Grund ist einfach: Die Unternehmen sind dem internationalen Wettbewerbsstress ausgesetzt, der sie fit hält. Der Heimmarkt war stets zu klein. Es blieb bloss die Flucht nach ausserhalb. Nach China, Indien, Mexiko, Indonesien, Russland, Südafrika oder anderswohin. Diese Orientierung hat einen Unternehmergeist gefördert, der sich nicht bloss auf die Spitze von Unternehmen konzentriert. Unternehmerisch gedacht und gehandelt wird auch auf unteren Stufen im Herstellungsprozess – dort, wo es konkrete Probleme zu



Thomas Schmidheiny, photographiert von Florian Rittmeyer.

lösen gilt. Es ist kein Mythos, sondern für mich gelebte Erfahrung: Der Werkplatz Schweiz zeichnet sich durch eine breite Verteilung von Leuten aus, die mitdenken und eigenverantwortlich handeln. Diese Situation verdankt sich ganz einfach dem «Müssen», von dem meine Grossmutter sprach.

Die Kultur der Eigenverantwortung leben wir auch im politischen Bereich, wo es um die Regelung des öffentlichen Lebens geht. Die direktdemokratische Mitwirkung in politischen Prozessen bringt Konstanz, und Volksentscheide sind fast immer vernünftig. Wie würden Leute heute darüber abstimmen, wenn man sie über einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie entscheiden liesse? Sie würden eine Kosten-Nutzen-Analyse anstellen und zum Schluss kommen: Der Ausstieg ist zwar gut gemeint, kostet aber (noch) viel zu viel. Der gesunde Menschenverstand des Volks ist meist ein weiser Bremser unfinanzierbarer Vorhaben – denken wir auch an die Abstimmung über die Vorlage einer Erhöhung der Ferien, die klar abgelehnt wurde. Das Volk hat sich eine gesunde Grundskepsis gegenüber illusionären Versprechungen des Staates bewahrt und hält diesen über Abstimmungen zu Sachfragen im Zaum. Informierte Bürger wissen sehr wohl, was unser Land fit hält und zukunftstauglich macht – und was nicht.

Andere helvetische Wettbewerbsvorteile gehen im Alltagsleben leicht vergessen. Zum Beispiel die physische Sicherheit. Dass meine Kinder sich frei bewegen können, ist ein riesiger Vorteil, der mir jeweils erst wieder bewusst wird, wenn ich aus asiatischen und südamerikanischen Metropolen zurückkehre. Oder die öffentlichen Schulen. Oder das duale Bildungssystem. Das Niveau ist beachtlich, Schule und Ausbildung bieten den Jugendlichen gute Startchancen für ihr späteres Leben. Oder die Vielsprachigkeit und die kulturelle Sensibilität, die wir uns aneignen, weil es einfach dazugehört. Dank dieser Eigenschaften bewegen wir uns leicht und gekonnt in anderen Kulturkreisen, in den künftigen Zentren des Wachstums. Auch wenn die Leistungsorientierung unter dem materiellen Wohlstand gelitten hat, ist gerade unter Vertretern jüngerer Generationen wieder ein dynamischer Ehrgeiz zu spüren.

Unsere Politiker verfügen kaum über Erfahrung im Umgang mit politisch aufgebautem Druck aus dem Ausland.

Innere Zerstrittenheit, Verunsicherung, Schnellschüsse

Die selbstbewusste Betonung von Stärken kann indes nicht über die Schwachpunkte eines Systems hinwegtäuschen, das Mittelmass fördert und eine Politik unterstützt, die sich an immer kürzeren Zyklen orientiert. Während der internationale Wettbewerbsdruck Schweizer Unternehmen robust und anpassungsfähig gemacht hat, verfügen unsere Politiker kaum über Erfahrung im Umgang mit politisch aufgebautem Druck aus dem Ausland – in den letzten 20 Jahren war die Schweiz vor allem mit sich selbst beschäftigt. Dies hat auch zwischen Parteien zu politischen Verwerfungen geführt, die klare Allianzen unmöglich machen. Viel Druck von aussen, wenig Persönlichkeiten mit Erfahrung in harten Verhandlungen, Schönwetterpolitik und innere Zerstrittenheit – diese Konstellation schafft Verunsicherung und wirft zu Recht die Frage auf, wie es langfristig um die Stärken und die Stabilität der Schweiz bestellt ist. Einige Symptome aus jüngster Zeit mögen dies verdeutlichen.

Wie kann eine Regierung eine epochemachende Energiepolitik auf den Tisch bringen, ohne die dazugehörenden Ideen und Träume einer ökologischen Steuerreform gleichzeitig miteinzubeziehen? Der mediengetriebene Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie im Nachvollzug eines innenpolitischen Entscheids von Merkel erinnert daran, was Hans Schaffner, der frühere Direktor der Handelsabteilung, jeweils zu sagen pflegte: Der Bundesrat hat entschieden, unbeschwert jeglicher Sachkenntnis.

Wie kann man eine Sicherheitspolitik definieren, ohne diese auf künftige Cyberkriege zu fokussieren, sondern das Gewicht auf neue Flugzeuge zu legen?

Wie kann eine Regierung eine Erbschaftssteuer mit Rückwirkungsklausel einfach nur zur Kenntnis nehmen, obwohl dieses Steuersubstrat klar in die Kantonshoheit gehört und eine solche Vorlage fundamentale Prinzipien unseres Rechtsstaats mit einem Trick auszuhebeln versucht?

Wie kann noch von Rechtssicherheit gesprochen werden, wenn auf Druck des Auslands Gesetze gebrochen oder rückwirkend uminterpretiert werden?

Wie kann sich die Schweiz leisten, im Steuerstreit mit den USA nicht auf Figuren wie die ehemalige amerikanische Botschafterin Faith Whittlesey zurückzugreifen? Wer kümmert sich um die systematische und jahrelange Pflege eines internationalen Netzwerkes von Freunden der Schweiz?

Die Stimmung hat sich verändert

Medienwirksame Schnellschüsse und opportunistischer Aktivismus führen zum Eindruck, dass sich das politische System verselbständigt und politische Willkür zunimmt. Allerdings verhält es sich auch so, dass sich die Stimmung unter den Bürgern in den letzten Jahren verändert hat – die soziale Kohäsion ist fragiler geworden. Eine kleine Gruppe von Leuten hat in den letzten zehn Jahren mit überrissenen Salären, die sich nicht ihrer Leistung, sondern ihrer Position verdanken, Teile des sozialen Kapitals dieses Landes nachhaltig beschädigt. Sie sind zu den unfreiwilligen Wegbereitern gefährlicher Initiativen geworden, die staatliche Eingriffe in die Festlegung von Löhnen privater Organisationen (1:12-Initiative) oder föderalismuswidrige Steuerprojekte (nationale Erbschaftssteuer) fordern. Referendum und Initiative wurden im 19. Jahrhundert geschaffen, damit die katholische Minderheit nicht von der damals herrschenden reformiert-freisinnigen Mehrheit dominiert werden konnte. Heute ist es genau umgekehrt: Der Aktivismus von Randgruppen nutzt die direktdemokratischen Instrumente zum Schutze einer Minderheit, um die stille Mehrheit vor sich herzutreiben. Die Tendenz dieser Vorhaben geht zumeist in die gleiche Rich-

tung: mehr Eingriffe in die Freiheit von Bürgern und Unternehmen, mehr unfreiwillige Umverteilung, mehr Staat.

Wohin ein überbordender Staat führt, lässt sich zurzeit überall in Europa beobachten: in Zwangslagen, die sich zu verstetigen drohen. Die Schweiz kennt die Tradition der Eigenverantwortung und des persönlichen Engagements in diesem Staat. Aber ebendieser Staat wurde in den letzten Jahren kontinuierlich um 3 bis 4 Prozent ausgebaut – die Wachstumsrate der helvetischen Staatsquote übertrifft jene unserer Nachbarn. Kantone und Bund wissen nicht, wie sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, ohne die Gesamtbelastung für Mittelstand und Unternehmen ständig zu erhöhen, und im Umgang mit Einnahmenausfällen, die sich für die nächsten Jahre abzeichnen, herrscht in Politik und Verwaltung Ratlosigkeit.

Die Diskrepanz in den Denkprozessen zwischen Politik und Wirtschaft wächst, und Unternehmer werden in der Politik zunehmend zur Rarität. Als ein schweizweit bekannter Thurgauer Unternehmer aus dem Nationalrat zurücktrat, folgte auf ihn eine Kindergärtnerin. Das nationale Parlament wird dominiert von Politprofis, Juristen und Verbandsleuten. Man vermisst Persönlichkeiten, die wissen, was Verluste und Kundenbedürfnisse bedeuten, und sich gewohnt sind, strategisch zu denken.

Eine Strategie braucht das Land

Die Hervorhebung von Stärken und die Benennung von Problemen sind unvollständig ohne konkrete Vorschläge, wie Stärken langfristig erhalten und Schwachpunkte beseitigt werden können. Ich beschränke mich dabei auf einige wenige Punkte, die mir besonders wichtig erscheinen – in Frageform.

Sorgt unser parlamentarisches Wahlsystem dafür, dass die besten Köpfe in die Landesregierung kommen? Zum Schweizer Modell gehört eine Konkordanzregierung, in der alle relevanten politischen Parteien angemessen vertreten sind. Die Rolle der Opposition spielt das Volk, das aber nicht entscheiden kann, aus welchen Persönlichkeiten sich die Landesregierung zusammensetzt. Der Vorschlag einer Volkswahl des Bundesrats geistert seit über 140 Jahren durch die Schweiz, wurde aber immer wieder verworfen – zuletzt erst kürzlich durch den Ständerat. Was in Kantonen funktioniert, wird auf Bundesebene grundsätzlich als untauglich erachtet. Die Skepsis gegenüber neuen Wahlverfahren ist helvetisch logisch, doch gibt es auch bedenkenswerte Varianten. Zum Beispiel Jürg Niehans' Modell einer Blockwahl: 7er Tickets stellen sich mit einem Regierungsprogramm en bloc zur Wahl. Wollen sie eine Chance haben, müssen sie parteienmässig, regional und sprachlich breit abgestützt sein.

Wie organisiert sich künftig die Schweizer Zivilgesellschaft und wie erneuert sie das Milizsystem? Ich kenne keine soziologischen Studien, die den integrativen Effekt der Rekrutenschule wissenschaftlich gemessen haben, aber ich habe selbst erlebt, wie viel Zusammenhalt der Dienst mit Leuten aus anderen Sprachregionen und Tälern geschaffen hat. Die Rekrutenschule hat einen unschätzbaren Integrationswert. Wie könnten weitere institutionalisierte Integrationsmaschinen aussehen? Neue Modelle, die Bürger zu zivilgesellschaftlichem Engagement animieren, sind darauf angewiesen, dass Unternehmen ihre Kader für Milizaufgaben freistellen. Zu wünschen wäre, dass auch grosse internationale Firmen, die bisher eher wenig für lokale oder regionale Politik übrighatten, den Wert des lokalen Handelns neu entdecken. Zeitliche und karrieretechnische Anreize können bewirken, dass auch hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland sich im Schulrat engagieren und ihre wertvolle Zeit in Nachbarschaftshilfe investieren. Das Umdenken hat eben erst begonnen.

Wie können wir erreichen, dass auch Unternehmer neben dem Einsatz für neue Kunden, neben Sitzungen und Reisen noch Zeit und Energie für Politik finden? Parteien könnten systematisch auf Nachwuchsunternehmer zugehen und ihnen jene Unterstützung bieten, die zur Bewältigung der Papierflut aus den Parlamenten mittlerweile nötig ist. Man könnte über Möglichkeiten nachdenken, ein politisches Mandat auf mehrere Personen zu verteilen. Eine gewählte Person könnte dann Stellvertreter benennen, die sie während ihrer Abwesenheit ersetzen.

Wie erhalten wir uns gesunde Staatsfinanzen, die künftige Generationen davor bewahren, für heutige Defizite aufzukommen? Dem Hang zu Mehrausgaben zu begegnen gleicht Odysseus' Herausforderung, dem Gesang der Sirenen zu widerstehen. Odysseus liess sich an den Masten seines Schiffes binden, um sich vor sich selbst zu schützen. Das fiskalische Äquivalent ist die Schuldenbremse. Sie hat sich bewährt und könnte auf alle Sozialwerke ausgeweitet werden. Automatische Mechanismen zu Anpassungen an demographische Entwicklungen und höhere Lebenserwartungen verhindern zusätzlich, dass schmerzliche Massnahmen im politischen Prozess zerredet und zerrieben werden.

Der Aufbau von Freundschaften braucht Zeit – beginnen wir damit heute.

Wie steigern wir Zahl und Qualität von Freunden in der Welt, die der Schweiz in politischen Krisen zur Seite stehen? Unsere Nachbarn sollten wir besser in Projekte einbinden, statt sie zu bekämpfen. Aber vor allem: wir brauchen Freunde in der ganzen Welt. Die aufstrebenden Nationen Asiens, die ohne eurosozialistische Scheuklappen in der Welt agieren, sollten aktiv angegangen werden – you are my friend. Die gemeinsame Investition von Zeit und Mitteln durch Regierung, Verwaltung und Unternehmertum wird sich längerfristig auszahlen. Wir haben aus den Erfahrungen mit den USA in den 1990er Jahren nicht viel gelernt. Ändern wir das. Der Aufbau von Freundschaften braucht Zeit – beginnen wir damit heute.

Es ist ein Privileg, nicht unmittelbar handeln zu «müssen». Wir sollten das Privileg nutzen. ❮

Dieser Text beruht auf der bearbeiteten Aufzeichnung eines Gesprächs mit René Scheu und Florian Rittmeyer.

3 Die Macht der Maklerin

G20, IWF und WTO stehen still. Sie bringen keine grossen Abkommen mehr zustande. Das schafft Spielraum für eine Schweizer Aussenhandelspolitik, die dort ansetzt, wo Grossmächte sich gegenseitig blockieren.

von Simon J. Evenett

Welche Rolle kann die Schweiz in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts spielen? Kann sie *überhaupt* eine Rolle spielen? Oft wird behauptet, sie sei ein politisches Leichtgewicht und solle sich daher auch in internationalen Gremien zurückhalten. Aber gleich vorweg: Sie ist kein Leichtgewicht. Und folglich wäre ihre internationale Zurückhaltung ein Fehler. In einer Zeit, in der die führenden Kräfte sich in internationalen Gremien nur noch schwer einigen können und gegenseitiges Misstrauen grassiert, kann sie als sogenannte Mittelmacht wertvolle Arbeit leisten. Mittlere Mächte sind dabei nicht Vorreiter bahnbrechender Fortschritte, sondern vielmehr Produzenten von Anregungen, die von grossen Playern ignoriert werden, wenn sie von einem anderen machtpolitischen Schwergewicht kommen.

Seit fast einem Jahrzehnt ist die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik gleichermassen reaktiv wie defensiv. Der Umgang mit Kritik aus dem Ausland – trifft sie etwa das Schweizer Bankgeheimnis und die damit verbundenen Sorgen um Steuerhinterziehung – hat grosse Mengen der Berner Energieressourcen absorbiert. Sogar das umfangreiche Netz von Freihandelsabkommen, das die Schweizer Regierung ausgehandelt hat, wird von den eigenen Diplomaten häufig als Reaktion auf ähnliche, aber anderswo stattfindende Verhandlungen beschrieben. Denn wenn die Schweizer Handelspolitik sicherstellt, dass Schweizer Exporteure und Investoren auf ausländischen Märkten gleiche Chancen wie ihre Konkurrenz erhalten, gleicht dies ebenso stark einem Aufholen wie einem Betreten von Neuland.

Der Ehrgeiz der G20-Agenda nimmt ab

Die Tatsache, dass die Schweiz beispielsweise nicht Mitglied der G20 ist, wird von einigen meiner Kollegen als ein signifikanter Nachteil der Handelspolitik interpretiert. Sie glauben nicht daran, dass die Schweiz ernsthaften Einfluss auf die Handelswelt ausüben kann, wenn sie nicht Mitglied der neuesten Einrichtung der «Global Governance» ist. Ausserdem interpretieren sie die Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds als eine zusätzliche Bedrohung für die Schweiz, ist dort doch ihr Sitz im Vorstand nun mehr denn je gefährdet. Würde sie diesen verlieren, so die düstersten Szenarien, wäre das ein weiterer Nagel im Sarg der ohnehin schon geschwächten Schweizer Aussenhandelspolitik.

Simon J. Evenett
ist Professor für Aussenwirtschaft und Entwicklung an der Universität St. Gallen.

Auch diese Interpretation halte ich für übertrieben. Die Realität sieht folgendermassen aus: Gegenwärtig funktioniert keines der grossen multilateralen Gremien. So weit das Auge reicht: Sackgassen und Stillstand. Der Ehrgeiz der G20-Agenda nimmt von Gipfel zu Gipfel ab, das Treffen ist nicht länger ein Forum, in dem wichtige Probleme gelöst werden. Seit dem Jahr 2009, als Premierminister und Präsidenten zu Beginn der globalen Finanzkrise zusammenkamen, um miteinander Schritte zur Eindämmung der Verwerfungen zu beschliessen, hat sich die Veranstaltung mehr und mehr zu einem blossen Fototermin der weltweit Führenden hin entwickelt.

WTO und IWF

Die G20 ist nicht das einzige Beispiel für ein Versagen der grossen multilateralen Gremien. Die Welthandelsorganisation (WTO) steckt seit 2008 in den Verhandlungen über ein globales Abkommen für den Freihandel fest. Als die WTO-Mitglieder letztes Jahr die Verhandlungen der sogenannten Doha-Runde im wesentlichen einfach aufgaben, konnten sie sich nicht einmal darüber einigen, ob die Gespräche nun als gescheitert gelten sollen oder nicht. Die WTO macht also weder einen Schritt vorwärts noch einen zurück.

Die oben bereits erwähnte IWF-Reform stagniert nicht zuletzt deshalb, weil der US-Kongress die Änderungen genehmigen muss – und nicht gewillt ist, das amerikanische Vetorecht abzutreten. Bei den Verhandlungen über ein globales Abkommen zum Klimawandel herrscht dasselbe Bild: Mit jedem Gipfeltreffen werden die Ziele überschaubarer – und können doch nie erreicht werden. Die grossen Abkommen zwischen Nationen, so stellen wir also fest, werden nicht ohne die Schweiz oder hinter ihrem Rücken abgeschlossen – ganz einfach weil es keine neuen Abkommen mehr gibt.

Die Werkzeuge der Diplomatie

In den letzten Jahrzehnten wurden die Interessen der Schweizer Wirtschaft durch Diplomaten in subtiler, aber wichtiger Art und Weise vorgebracht und vertreten. Ich möchte das an

Instrument der Mittleren Mächte: der runde Tisch (Bild: Fotolia).

«Tatsächlich führen die Machtverschiebungen von den USA und Europa nach Asien, Russland und Brasilien dazu, dass ‹ehrliche Makler› wie die Schweiz in globalen Angelegenheiten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr denn je gefragt sein werden.»

Simon J. Evenett

einem Beispiel illustrieren: Viele Schweizer Unternehmen brauchen die sogenannten Seltenen Erden zur Herstellung ihrer High-End-Produkte. Weil die Gewinnung dieser Mineralien umweltschädlich ist, wurde sie in vielen Ländern verboten. Die chinesischen Minen blieben erhalten, was China zum heute weltweit einzigen nennenswerten Lieferanten machte. Als China diese Vormachtstellung erkannte, tat es, was alle Monopolisten tun: Es setzte Exportbeschränkungen ein, um den Preis in die Höhe zu treiben. Das macht es sehr schwer für Schweizer Hersteller, die Seltenen Erden zuverlässig und vergleichsweise kostengünstig zu beziehen.

Um handelspolitische Kräfte zu bündeln, initiierte die Schweiz gemeinsam mit der Europäischen Kommission sogenannte Erkundungs- und Sondierungsgespräche für den Seltene-Erden-Sektor. Sie tat dies innerhalb des noblen Clubs reicher Länder in Paris, gemeinhin besser bekannt unter der Bezeichnung Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Vertreter der Industrie wurden eingeladen, ihre Erfahrungen auszutauschen – und man vergass auch nicht, Vertreter der chinesischen Regierung an den Tisch zu bitten. Ich besuchte zwei dieser Treffen. Und ich kann Ihnen sagen: Allein schon die hohen Besucherzahlen sprechen für die «Versammlungsmacht», die die Schweiz noch immer hat.

Vorsichtig und subtil wurde die chinesische Begründung für die Beschränkung ihrer Lieferungen an den Weltmarkt untersucht. Die Chinesen behaupteten, ihre Politik trage der Vermeidung von Umweltschäden Sorge. Diese Begründung stellte sich als mangelhaft heraus. Denn wenn es um die Umwelt ginge, müssten Chinesen die Menge von Seltenen Erden einschränken, die sie aus dem Boden fördern, und nicht nur die Menge, die sie auf den Weltmarkt bringen. Daran anknüpfende Überlegungen halfen, die Chinesen zu überzeugen, dass ihre Politik beim Abbau und beim Verkauf Seltener Erden einer Nachbesserung bedurfte. Immerhin hatten sie durch die Preissteigerungen dieser Mineralien auch Konkurrenten auf den Plan gerufen, die neue Bergwerke und Steinbrüche jenseits der chinesischen Grenzen eröffneten. Die Aufrechterhaltung ihres Einflusses auf den Weltmarkt wurde also zunehmend ineffektiv und sogar kontraproduktiv – ohne den einberufenen Gipfel hätten sie das womöglich erst deutlich später erfahren. Letztlich änderten die Chinesen ihr Exportregime, und heute bekommen Schweizer Hersteller die benötigten Mineralien zu besseren Konditionen und in grösserer Menge. Das Engagement half, Schweizer Im- wie auch Exporte zu vereinfachen und somit Arbeitsplätze zu erhalten. Diese Schweizer Initiative ist nur ein Beispiel in einer langen Liste von erfolgreichen Initiativen sogenannter Mittelmächte auf internationaler Ebene.

Vorbilder Kanada und Australien

In der Vergangenheit hatte Kanada eine Paraderolle inne, wenn es darum ging, als Mittelmacht konstruktiven Einfluss auf die internationale Agenda zu nehmen. So kam zum Beispiel der Vorschlag, eine Welthandelsorganisation zu gründen, nicht aus den USA oder aus Deutschland, sondern aus Kanada – entstanden ist daraufhin die WTO. In den letzten Jahren jedoch hat sich Kanada mehr und mehr von diesem Weg abgewandt. Die zwischen Vancouver und Halifax angestossenen Diskussionen über die kanadische Aussenwirtschaftspolitik haben seitdem starke Parallelen mit vergleichbaren Beratungen in der Schweiz. Dennoch gibt es eine Alternative zu einer Politik der «Splendid Isolation».

Kanadas Platz als führende Mittelmacht hat neuerlich Australien eingenommen, dessen Diplomaten erfolgreich Handelsbarrieren innerhalb der WTO einreissen. Australien wird nicht zuletzt deshalb in ein paar Jahren auch den G20-Gipfel ausrichten. Canberra weiss um seinen auf den ersten Blick bescheidenen welthandelspolitischen Einfluss, aber die australischen Diplomaten sind in diesem Punkt wenig zimperlich: Sie realisieren Ideen und Initiativen sehr pragmatisch und erfolgreich. Angesichts der ehrwürdigen Tradition der Schweiz in Sachen Diplomatie und der in wirtschaftlichen Angelegenheiten hervorragend ausgebildeten Schweizer Diplomaten ist es schwer zu verstehen, warum Bern nicht in die Fussstapfen der Handelsdiplomatie Canberras von heute oder jener Ottawas aus früheren Jahren treten sollte.

Mittlere Mächte haben den Ruf, vertrauenswürdige Partner zu sein, da sie sich schon immer als Quelle ausgewogener Ideen hervorgetan haben, wenn andere in bilateralen Streitigkeiten steckten. Fast alle grösseren Wirtschaftsmächte brauchen heute neue Ideen, und viele von ihnen wären dankbar für den Anstoss von Initiativen, die sie vielleicht aus eigener Zurückhaltung nicht lancieren können. Immer wieder werden gute Ideen in der Rivalität zwischen den Grossmächten zerrieben – und genau hier liegt die Chance der mittleren Mächte: Sie können beeinflussen, welche Themen auf die globale Agenda kommen, und sie können entsprechende Diskussionen einberufen. Sitzen nämlich alle einmal am runden Tisch, haben mittlere Mächte die Möglichkeit, nützliche Lösungen für internationale Probleme vorzuschlagen, die irgendwo schon ihre Unterstützer finden werden.

Tatsächlich führen die Machtverschiebungen von den USA und Europa nach Asien, Russland und Brasilien dazu, dass «ehrliche Makler» wie die Schweiz in globalen Angelegenheiten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr denn je gefragt sein werden. Vergessen wir nicht: Derartige Transformationen sind nicht immer friedlich vonstattengegangen. Zum ersten Mal seit 1815 steht die Welt vor der Aussicht einer tatsächlich multipolaren Welt – damit einher geht wohl unvermeidlich das Gerangel um strategische Vorteile zwischen den grösseren Wirtschaftsmächten. Hier kann die Schweiz nicht nur vermitteln, sondern als Stichwortgeber auftreten! Als offene Handelsnation, deren Lebensstandard wesentlich davon abhängt, wie die wirtschaftlichen Bedingungen im Ausland aussehen, hat die Schweiz ein starkes Interesse an dieser proaktiven Förderung von Stabilität, Wachstum und der harmonischen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Nationen. ❮

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Wiederstein.

4 Die Schweiz im asiatischen Jahrhundert

Der Wiederaufstieg Asiens schafft neue Gegebenheiten. Und neue Chancen. Wie sähe eine Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik aus, die sie zu nutzen verstünde?

von Urs W. Schoettli

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert Europas, insbesondere natürlich der Briten mit ihrem Weltreich. Es war auch das Jahrhundert der aufgeklärten, wissenschaftlichen Religionsskepsis.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der USA, die nicht nur aus den beiden Weltkriegen, die mehrheitlich auch europäische Bürgerkriege waren, sondern auch aus dem Kalten Krieg siegreich hervorgegangen sind. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Ideologien und marginalisierte damit die Religionen noch zusätzlich.

Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert Asiens sein. Dies wegen der tektonischen Veränderungen, die in der Weltwirtschaft, aber auch in der Geopolitik im Gange sind. Das 21. Jahrhundert wird wieder ein Zeitalter der Religiosität und des Glaubens sein.

Die USA werden dank ihrer überwältigenden Militärmacht bis weit ins 21. Jahrhundert hinein die einzige Supermacht bleiben. Doch rückt ihnen China als neue Weltmacht (noch nicht Supermacht!) zuerst im Wirtschaftsbereich immer näher und wird sie irgendwann wirtschaftlich und dann auch machtpolitisch überholen.

Ungeachtet des Ausgangs der Euro-Krise wird Europa im 21. Jahrhundert seinen Gang in die geopolitische Belanglosigkeit, den es seit dem Ende des Kalten Kriegs und dem Fall der Berliner Mauer beschritten hat, weiter fortsetzen. Es war und bleibt eine Illusion zu denken, dass die Europäer als eine in sich geeinte politische und militärische Macht in der Welt agieren könnten.

Das Ende des Kalten Kriegs war eine historische Zäsur, doch die Einschnitte, die das asiatische Jahrhundert bringt, werden viel weitreichendere Konsequenzen haben. Der Ost-West-Konflikt während des Kalten Kriegs war eine Auseinandersetzung zwischen Mächten und Nationen, die entscheidend durch die europäische Zivilisation geprägt waren. Kommunismus und Marxismus haben ebenso wie der Kapitalismus und Liberalismus ihre Wurzeln in der europäischen Geisteswelt.

Der Wiederaufstieg Asiens bedeutet, dass im asiatischen Jahrhundert Europa und der Westen sich mit Werten und Institutionen auseinandersetzen müssen, die nicht in der europäischen Zivilisation verankert oder entstanden sind. Das halbe Jahrhundert, das auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs folgte, wurde durch eine internationale Ordnung geprägt, deren wichtigste Pfeiler von den Vereinten Nationen über die Bretton-Woods-Institutionen bis hin zur Welthandelsorganisation und der G7/G8 massgeblich von den westlichen Mächten geschaffen und geprägt wurden. Noch sind die ersten Institutionen des neuen Zeitalters, beispielsweise die G20, sehr fragil, doch wenn es um die prägenden Werte und neuen Ordnungsvorstellungen geht, so ist die Entwicklung in Richtung Asien bereits ziemlich weit vorangeschritten.

Urs W. Schoettli
hat Philosophie studiert, ist Kolumnist für die NZZ und Autor von «Geld, Gold und Geist: Vermögen und Reichtum in Asien» (2011). Er lebt in Tokio und Mumbai.

Zu der westlich geprägten Welt gehörten das Konzept von der nationalstaatlichen Souveränität, der Freihandel, die Globalisierung der Finanzströme und die ordnungspolitischen Vorstellungen der Marktwirtschaft. Im asiatischen Jahrhundert werden nicht nur die von den Westmächten gestalteten Institutionen, sondern auch die westlich geprägten Werte in Frage gestellt und schliesslich marginalisiert werden. Die Entwicklung wird nicht mit einem Big Bang einsetzen. Sie wird vielmehr in mehreren Abschnitten erfolgen. Bereits eindeutig erkennbar ist der Trend zum starken Staat, der zu den Kerninhalten der asiatischen, insbesondere der konfuzianischen Staatslehre und Ethik gehört. Ebenso eindeutig ist die Rückkehr des Merkantilismus, der Akkumulation nationaler Reichtümer und national kontrollierter Ressourcen.

Ferner werden wir eine Abkehr vom aus dem Westfälischen Frieden hervorgegangenen Verständnis nationaler Souveränität in Richtung des chinesischen Hegemonialverständnisses erfahren. Traditionell versteht sich das Reich der Mitte als Zentrum der kultivierten Welt, um das herum sich die «barbarischen Nationen» mit wachsender Distanz in absteigendem Zivilisationsstand reihen. Erkennbar ist diese Entwicklung bereits im Umgang Pekings mit den südostasiatischen Anrainern am Südchinesischen Meer. An der Spitze dieser Entwicklung in Richtung asiatische Werte steht die Volksrepublik China, doch lassen sich auch in zahlreichen anderen asiatischen Ländern, u.a. in Südkorea, Indonesien und Indien, ähnliche Tendenzen erkennen. Japan hat ohnehin stets nur die Fassaden, nicht jedoch die Inhalte der westlich geprägten Weltordnung akzeptiert.

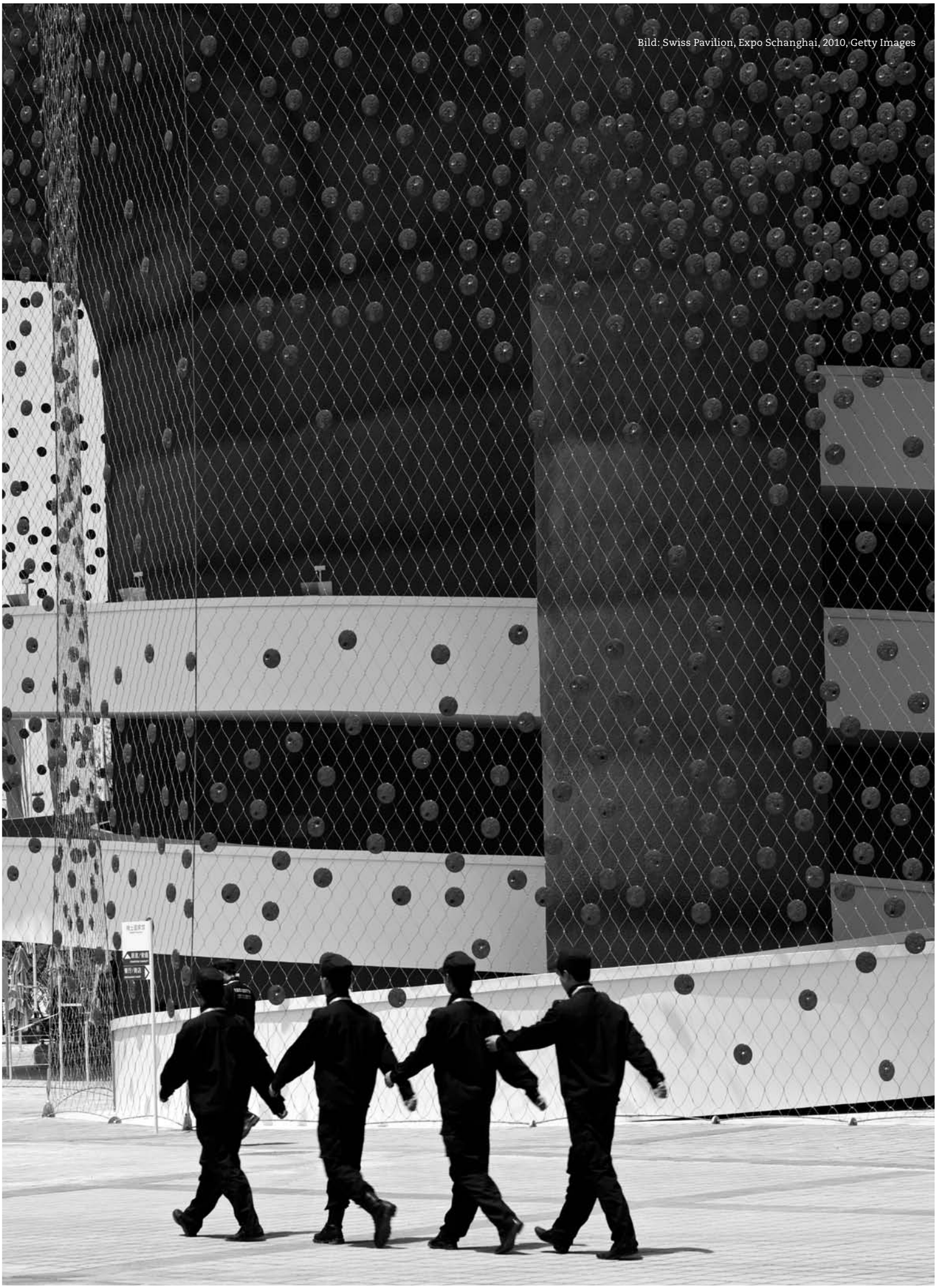


Bild: Swiss Pavilion, Expo Schanghai, 2010, Getty Images

In der Euphorie nach dem Ende des Kalten Kriegs hatten einige bereits den endgültigen Sieg der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft (das «Ende der Geschichte») verkündet. Alles ist nicht nur wegen 9/11, sondern vor allem wegen der asiatischen Renaissance ganz anders herausgekommen.

Die Interessen standen und stehen stets im Zentrum der internationalen Politik. Doch während des Kalten Kriegs, als die westlich geprägten Institutionen geschaffen wurden, auf deren Basis später die Globalisierung voranschreiten sollte, gab es ein Regelwerk mit ideellen (und zuweilen ideologischen) Werten, die für die Interessen wegleitend waren.

Solche Werte mag es heute vielleicht noch innerhalb der Europäischen Union oder innerhalb von Bündnissen wie der Nato geben; sie existieren jedoch nicht mehr auf globaler Ebene, wie dies zu den Zeiten der Ost-West-Rivalität der Fall gewesen war. Nun dominieren allein die Interessen. Dies erklärt unter anderem auch, weshalb der Stellenwert der Schweizer Neutralität heute ein anderer ist als zur Zeit des Kalten Kriegs. Es geht nicht mehr darum, sich von zwei feindlichen, ideologisch festgefügten Blöcken fernzuhalten, sondern vielmehr darum, sich in einer stets verändernden Konfiguration von politischen, ökonomischen, aber zunehmend auch religiös-kulturellen Mächten zu behaupten.

Die Fokussierung auf Interessen bedeutet, dass die Werteorientierung der Aussenpolitik in den Hintergrund zu treten hat. Niemand bezweifelt, dass angesichts der wachsenden Ressourcennachfrage aus Asien das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der heftigen, wenn nicht gar kriegerischen Rivalitäten um knappe Rohstoffe, Energieträger, Grundnahrungsmittel sowie natürliche Ressourcen wie Agrarland und Wasser werden wird. Zudem können auch demographische Fehlentwicklungen zwischenstaatliche Konflikte auslösen. Denken wir nur an die geopolitischen Verwerfungen, die sich daraus ergeben, wenn eine Nation rascher altert und ihre Bevölkerung rascher schrumpfen sieht, als dies bei als Rivalen empfundenen Nachbarn der Fall ist.

Unter diesen Umständen ist es für einen von grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen existenziell abhängigen Kleinstaat wie die Schweiz überlebensnotwendig, die Aussen- und Sicherheitspolitik einer Interessenwahrnehmung zu unterstellen, die klare Prioritäten setzt. Hauptprinzip muss sein, dass die Schweiz in all jenen Institutionen und Foren wirksam ihre Interessen einbringen und verteidigen muss, in denen Einfluss auf ihr nationalstaatliches Schicksal genommen werden kann. Dies umfasst bilaterale und multilaterale Freihandelsverträge ebenso wie globale Organisationen und regionale Verbünde. Die Instrumente, die zur Umsetzung dieses Einflusses zur Verfügung stehen, reichen von der traditionellen Politik, sich aus fremden Händeln herauszuhalten, bis zu neuen, für eine hochentwickelte Industriegesellschaft aus wirtschaftlichen und technologischen Innovationen resultierenden Einflussmöglichkeiten. Die Schweiz tut ferner gut daran, ihre eigenen nationalstaatlichen Institutionen zu stärken und auszubauen, die es ihr erlauben, in einer neuen, durch Merkantilismus und Hegemonien geprägten Weltordnung erfolgreich zu bestehen. Wir denken dabei vor allem an einen massiven Ausbau der materiellen und personellen Ressourcen der Handelsdiplomatie sowie an die Stärkung der Handelskammern in Übersee, wobei hier nach den Prinzipien von Private-Public Partnerships verfahren werden soll, indem öffentliche und private Mittel geballt zur Wahrnehmung der Schweizer Wirtschaftsinteressen im Ausland eingesetzt werden. In diesen anforderungsreichen Zeiten sind Verzettelung und Rivalitäten, wie sie heute noch stark die Überseepräsenz der Schweiz prägen, ein inakzeptabler Luxus.

Bestandsaufnahme

Es ist naheliegend, dass in einer immer komplexer werdenden Welt die Menschen sich durch Zurechtlegung einer Ordnung einen Überblick verschaffen wollen. Während des Kalten Kriegs war dies mit einem klaren Freund-Feind-Bild relativ einfach. Im asiatischen Zeitalter ist dies nicht nur wegen der gewaltig erweiterten Geographie, sondern auch wegen der neuen Wertehierarchien viel schwieriger geworden.

Unter diesen Umständen drohen zwei Gefahren: Illusion und Ignoranz. Beim Wiederaufstieg Asiens verkennen viele Bewohner des Westens, welch entscheidende Rolle die Hinwendung zum Pragmatismus gespielt hat. Über dem chinesischen Wirtschaftswunder stehen die beiden Schlagworte Deng Xiaopings: «Reich zu werden ist wunderbar» und «Es spielt keine Rolle, ob die Katze schwarz oder weiss ist, solange sie nur Mäuse fängt». Japan schon seit langem und Indien seit den 1990er Jahren verfahren in ihrer Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip des Pragmatismus.

Die Positionierung der Schweiz in der Welt und die erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Interessen sollen weder von illusionären Vorstellungen von den eigenen Stärken und Schwächen noch durch mangelnde Kenntnis der neuen, im Entstehen begriffenen Weltordnung geschmälert werden. Dass dabei auch etliche liebgewordene Weltsichten über Bord geworfen werden müssen, macht das Ganze nicht einfacher.

Zur Bestandsaufnahme gehört eine schonungslose Ermittlung der Stärken und Schwächen der Schweiz. Die Erfahrungen vor allem der vergangenen Jahre zeigen, dass die Schweiz wiederholt ihre Stärken unterschätzt und ihre Schwächen verkannt hat. Die drei grössten Stärken sind unzweifelhaft der Föderalismus, das Milizsystem und die direkte Demokratie, alles Errungenschaften, die mit Bürgernähe zu tun haben. Die grössten Schwächen resultieren eigentlich überall dort, wo Beamte, namentlich die eidgenössische Bürokratie, in das Funktionieren der Bürgergesellschaft eingreifen. Aus den Fehlbeurteilungen sind dem Land gravierende Schäden erwachsen. Bis anhin hat dies vor allem die Beziehungen der Schweiz zu den USA, zu einer Reihe von europäischen Staaten und zur EU belastet. Während in diesen Fällen viel Reparaturarbeit zu leisten ist, muss für das aufstrebende Asien die Prophylaxe gelten, dass man sich solche Fehleinschätzungen der eigenen Stärken und Schwächen gar nicht erst erlaubt.

Es ist naheliegend, dass das Diktum «all politics is local» in ganz besonderem Masse für die direkte Demokratie gilt. Vor allem

in langen Friedenszeiten wächst zudem die Versuchung, innenpolitische Querelen und Positionskämpfe auch auf die Aussen- und Sicherheitspolitik durchschlagen zu lassen. Während man in Krisen- oder gar Kriegszeiten die Schotten dicht macht, lässt man in scheinbar ruhigen Zeiten oft leichtfertig Wasser ins Boot hinein.

Medienfreiheit und Meinungsvielfalt gehören zu den Grundfesten der Demokratie. Es ist deshalb nur natürlich, dass auch über aussen- und sicherheitspolitische Belange heftig disputiert wird und dass Parteien unterschiedliche Positionen einnehmen. Im asiatischen Zeitalter ist es allerdings mehr denn je erforderlich, dass, wenn einmal ein Entscheid auf demokratischem und rechtsstaatlichem Wege gefällt worden ist, die Schweiz und ihre Eliten geschlossen gegenüber dem Ausland auftreten. Nichts schadet der Durchsetzung der Schweizer Interessen in der Welt so sehr, als wenn nachträgliche Kehrtwendungen vollzogen werden, wenn einmal Beschlossenes nicht zügig durchgezogen wird und, dies ganz besonders, wenn sich die Schweizer gar coram publico gegenseitig in den Rücken fallen.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Schweiz wiederholt ihre Stärken unterschätzt und ihre Schwächen verkannt hat.

Im asiatischen Verständnis von Staatskunst gibt es den Moment, da Disput und Meinungsverschiedenheiten nützlich sind, um sich vor Fehlentscheiden optimal zu wappnen. Es gibt aber auch den Moment, da ein Entscheid getroffen und ohne Wenn und Aber umgesetzt wird.

Zukunftsentwurf

Entscheidend zu den Erfolgen asiatischer Volkswirtschaften hat beigetragen, dass die politische Führung eine langfristig angelegte Wirtschaftspolitik betreibt. Insbesondere von Beijing werden grosse Zukunftsentwürfe, beispielsweise die Errichtung einer moderaten Wohlstandsgesellschaft bis zum Jahre 2020, vorgegeben. Südkorea hat mit der Förderung von sogenannten «national leaders» in der Technologie und Industrieentwicklung gegenüber Japan kräftig aufgeholt. Jakarta wiederum hat vor, zur dominanten Wirtschaftsmacht in Südostasien aufzusteigen. Indien etabliert sich als Vormacht in Südasien.

Während rasche Veränderungen in der Weltwirtschaft stets Flexibilität erfordern, ist es bei der Positionierung eines Landes in der Aussen- und Sicherheitspolitik notwendig, auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit zu setzen. Nicht zuletzt geht es dabei auch darum, den Bürgern ein erstrebenswertes Ziel vor Augen zu stellen. Erfolgreiche Gesellschaften brauchen einen Zukunftsentwurf, der sich von der Kurzatmigkeit des Alltagsgeschehens unterscheidet.

Wir haben erwähnt, dass nach 1989 die Meinung aufkam, die Geschichte sei nun an ihrem Ende angelangt. Lange Zeit dachte man auch, dass sich die politische und wirtschaftliche Entwicklung der EU in klar strukturierten Bahnen befinde. All dies ist in den vergangenen zehn Jahren gründlich in Frage gestellt worden. Niemand hätte noch vor zwei Jahren gedacht, dass eine schwere Krise, ja der Zerfall der EU wieder zu einer realistischen Option werden könnte.

Die Schweiz befindet sich auf Gedeih und Verderben in Europa. Sie ist gleichzeitig aber wegen der globalen Vernetzung ihrer Wirtschaft auch betroffen vom Geschehen in der weiteren Welt. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass sie eine klare Vorstellung davon besitzt, wie sie ihre Interessen in Europa und in der Welt optimal wahren und wahrnehmen kann. Dabei geht es um zwei Ziele: Zum einen soll das Land eine Vision haben, wie es sich in den kommenden Jahrzehnten in der Welt positionieren will. Zum andern sollen die Instrumente geschaffen werden, um rasch und erfolgreich auf Veränderungen reagieren zu können. Diese Vision schliesst die optimale Erhaltung der nationalen Eigenständigkeit ein, zu der in erster Linie gehört, dass sich die Schweiz mit einer in jeder Hinsicht polyvalenten Nutzung der Gelegenheiten in einer multipolaren Welt stets auf der Siegerseite zu positionieren vermag. Da die Ressourcen beschränkt sind, müssen Schwerpunkte gesetzt und die Verzettelung der eigenen Kräfte vermieden werden. Im Vordergrund stehen die folgenden geopolitischen Fokusse:

Im Falle Europas muss sich die Schweiz gleich auf mehrere Szenarien einstellen, die einerseits die Gesamtentwicklung der EU und des Euro-Raumes und anderseits die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zur EU erfassen, wobei es offensichtlich zwischen den beiden Entwicklungen auch Berührungspunkte gibt. Aber vor allem – die beste Europa-Strategie besteht darin, nicht allzu sehr auf Europa zu bauen.

Im Falle Asiens ist nachhaltiger als bisher die Doppelstellung der Schweiz als Partner der EU und als eigenständiger europäischer Staat in die bilateralen Beziehungen einzubringen. Dies betrifft nicht nur die Präsenz von Schweizer Unternehmen in Asien, sondern auch die Standortqualität der Schweiz mit ihrer sozialen und geopolitischen Stabilität.

Im Falle der USA steht eine umfassende Neubelebung und Neuordnung der bilateralen Beziehungen an, die nach Obamas Wiederwahl vorrangig an die Hand genommen werden müssen. Dabei muss die Schweiz den politischen Entscheidungsträgern in Washington wieder einmal bewusst machen, dass, wenn es ans Eingemachte der Bürgergesellschaft geht, die Vereinigten Staaten und die Eidgenossenschaft seit dem 19. Jahrhundert im gleichen Boot sitzen. Wo dies nicht ankommt, sollte die Schweiz durchaus auch bei den Gliedstaaten der USA ansetzen.

Im Falle Lateinamerikas, einem kulturell und zivilisatorisch mit Europa verwandten Kontinent, sind die Beziehungen insbesondere zu den wirtschaftlichen Schwergewichten Mexiko, Brasilien und Argentinien neu zu beleben. Der Kontinent ist wegen der Fokussierung auf Asien in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Schatten gestanden, ist aber insbesondere auch wegen seiner natürlichen Ressourcen und auch wegen seiner aufstrebenden Absatzmärkte von grosser wirtschaftlicher und geopolitischer Relevanz für die Schweiz. ‹

5 Standortfaktor Recht

Globalisierung bedeutet Veränderung, auch im Recht. Wie kann die Schweiz die eigene Rechtssicherheit in einer sich rasch wandelnden Welt bewahren?

von Anne van Aaken

Menschen tendieren zur Extrapolation, wenn sie die Zukunft prognostizieren, weshalb sie zumeist davon ausgehen, dass die Globalisierung in nächster Zeit kaum zum Stillstand kommen wird. Zwar kann Künftiges nicht vorhergesagt werden. Um aber ein Verharren in rein reaktivem Verhalten zu vermeiden, ist es sinnvoll, sich auf den Eintritt verschiedener Szenarien unserer Zukunft vorzubereiten. Dies gilt für jeden Bürger, für Politiker gleichermassen wie für Wirtschaftsakteure, aber auch für akademische Juristen und Anwaltskanzleien.

Das in der Wirtschaft oft anzutreffende Szenariendenken kann dabei helfen, unser Rechts- und damit auch Wirtschaftssystem für die Zukunft zu wappnen. Ausgehend von einer kurzen Beschreibung des Ist-Zustandes werden im folgenden vier Zukunftsszenarien diskutiert. Ausgehend von der Forschung des *Hague Institute for the Internationalization of Law (Hiil)* in den Niederlanden über das Recht der Zukunft *(Law of the Future)* lässt sich erörtern, welche Strategien die Schweiz entwickeln könnte, um die Herausforderungen der entwickelten Szenarien zu meistern und ihre Rechtssicherheit zu bewahren. Je nach Szenarium unterscheiden sich die Folgen für zwei Schweizer Institutionen, die für das Schweizer Recht essentiell sind: die direkte Demokratie und die Neutralität.

Rechts(un)sicherheit als Standortfaktor

Rechtsunsicherheit – oder die Abwesenheit von Rechtssicherheit – erscheint nicht nur aus juristischer Perspektive problematisch. Denn Rechtssicherheit ist auch eine Voraussetzung für ökonomisches Wachstum. Deshalb ist es für den Wirtschaftsstandort Schweiz von höchster Bedeutung, wie politische Institutionen (inklusive der internationalen Institutionen) die langfristige Rechtssicherheit prägen. Politische Institutionen beeinflussen damit folglich auch die Qualität ökonomischer Institutionen.

Früher fiel es leicht, sich in der Landschaft des Rechts zu orientieren: Recht wurde primär von Nationalstaaten gemacht und nur auf dem nationalstaatlichen Territorium war es massgeblich und durchsetzbar. Heute herrscht unter Rechtswissenschaftern weitgehend Einigkeit, dass die Welt nicht mehr so einfach ist – und die Rechtsadressaten, insbesondere die Wirtschaftsakteure, spüren dies auch: Sie müssen sich in einem wahrlichen Dschungel aus Normen und Normdurchsetzungsmechanismen zurechtfinden. Es gibt nationale Normen und internationale Normen, hartes Recht und weiches Recht, es gibt staatliche und nichtstaatliche Akteure, die Normen setzen und durchsetzen. Jeder Urlauber, der unterwegs im Ausland einen Haufen Steckdosenadapter mitführen muss, weiss, wovon die Rede ist. Allerdings: stellen Sie sich das global lieber so vor, als müssten Sie für jedes Hotel einen eigenen Stecker mitnehmen.

Anne van Aaken
ist Professorin für Law and Economics, Rechtstheorie, Völker- und Europarecht an der HSG St. Gallen.

Wo der Urlauber von einer weltweiten Normierung der Steckdosen profitieren könnte, so gilt das für Wirtschaftsakteure und Wirtschaftsnationen nur bedingt. Zu undurchsichtig ist die Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Länder, zu gross die Angst vor etwaigen Wettbewerbsnachteilen. Es stellen sich also folgende Fragen: Werden wir weiter hybride Normsetzungsprozesse beobachten, in denen nichtstaatliche Akteure (Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen) mit Staaten und internationalen Organisationen zusammenwirken? Werden weiches Recht und Standards (Umwelt, Menschenrechte) weiterhin über Reputation und damit über den Markt durchgesetzt werden? Diese offenen Fragen schaffen erhebliche Rechtsunsicherheiten für alle Akteure; ganz besonders für multinationale Unternehmen: Welche Regeln gelten, wer setzt sie wie und wo durch und wie geht man mit konfligierenden Normen um?

Diese Ausgangsdiagnose nahm das *Hiil* zum Anlass, auf der Grundlage von aus aller Welt eingesandten Essays über die Zukunft des Rechts vier mögliche Szenarien zu entwickeln. Diese Szenarien beschäftigen sich mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf nationaler bzw. internationaler Ebene. Die Szenarien geben jeweils Antworten auf vier unterschiedliche Fragen: 1) Welche sind die Hauptordnungsnormen künftigen Rechts? 2) Wer schafft diese Normen? 3) Wie und wo werden diese Normen durchgesetzt? 4) Wie und wo werden Konflikte gelöst?

Szenario 1: *Global Constitutionalism*

Dieses Szenario kombiniert die internationale Ebene mit staatlichen Akteuren. Gesetze werden aufgrund von völkerrechtli-

«Ein Ziel der Schweiz der Zukunft muss es sein, sich gleichzeitig ihre (Völker-)Rechtsstaatlichkeit und auch die ‹Langsamkeit› der direkten Demokratie zu bewahren.»

Anne van Aaken

chen Verträgen gemacht, staatliche Exekutiven kooperieren in internationalen Netzwerken und Ausschüssen (Basler Bankenausschuss, *International Competition Network* etc.). Das Völkerrecht entwickelt sich zu einer immer engmaschigeren Ordnung, welches sich längerfristig einer supranationalen Einheit wie der EU annähert. Es kommt vermehrt zu Rechtsharmonisierungen, etwa in den Bereichen Konsumenten- und Umweltschutz sowie Immaterialgüterrechte. Rechtsstaatlichkeit wird im Sinne der Vereinten Nationen und der Weltbank verstanden. Der Währungsfonds überwacht die Finanzsysteme der Staaten und eine internationale Umweltschutzorganisation regelt den Emissionsmarkt für Karbondioxid. Regionalorganisationen gewinnen an Bedeutung. Der Informationsaustausch zwischen Staaten und internationalen Organisationen funktioniert reibungslos, insbesondere auch im Hinblick auf die Rechtsdurchsetzung. Gerichte, nationale wie internationale, kooperieren eng miteinander. Eine Selbstregulierung der Unternehmen ist nur beschränkt zulässig. Die Souveränität der Staaten wurde als Konzept zwar nicht gänzlich aufgegeben, aber sie verkörpert sich auf mehreren Ebenen über die exekutiven Netzwerke, über Normen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen bilden, und über Kooperation zur Durchsetzung auf allen Ebenen. Souveränität ist feinverteilt. Derlei Entwicklungen werden von vielen Völkerrechtlern für wahrscheinlich und auch wünschenswert gehalten.

Hartes gesetztes Recht, das in rechtsstaatlichen Verfahren angegriffen werden kann, ist selten geworden.

2. Szenario: *Legal Borders*

Hier steht das vorige Szenario kopf: Die nationalen, teilweise auch supranationalen und regionalen Grenzen verdichten sich. Die internationale Ebene kehrt sich vom Recht ab und zur (Macht-)Politik zurück. Internationale Organisationen werden als illegitim betrachtet, Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene gemacht und durchgesetzt. Staaten wie China, Brasilien, Indonesien und Indien sind aufgrund ihrer wachsenden globalen Bedeutung keine Anhänger einer als westliches Konzept verstandenen Universalität, sondern der nationalen Souveränität. Existierende völkerrechtliche Instrumente verlieren an Bedeutung und Effektivität. Verhandlungen finden zwischen den Regionalblöcken und den grossen Staaten statt. Für internationale Unternehmen ist die globalisierte Welt nur noch Wunschdenken. Stattdessen werden vermehrt Zollschranken und nichttarifäre Handelshemmnisse errichtet, gegen die vor internationalen Gerichten keine Rechtsmittel mehr zur Verfügung stehen. Regionale oder nationale Kulturen (und Religionen) geben vor, was erlaubt ist. Internationale Streitigkeiten werden über Verhandlungen gelöst, nicht über Gerichte. Legal Borders sind für Unternehmen kein schönes Szenario.

3. Szenario: *Legal Internet*

Analog zu dem ersten Szenario werden Normen weiterhin auf internationaler Ebene oder transnational kreiert. Private Akteure sind dabei in jedem Fall massgeblich – entweder allein oder gemeinsam mit staatlichen Akteuren oder internationalen Organisationen. Informationstechnologie und soziale Netzwerke beherrschen den Diskurs und damit auch die Normgebung. Die soziale und politische Gesellschaftsordnung funktioniert über Reputation, Vertrauen und Transparenz. Hartes gesetztes Recht, das in rechtsstaatlichen Verfahren angegriffen werden kann, ist selten geworden. Solche Verfahren gelten als altmodisch, zu formal, zu teuer, zu unflexibel und ineffektiv. Statt ihrer setzt man nun grossteils auf Standards für die jeweiligen Sektoren. Überwachung und Durchsetzung vollziehen sich innerhalb dieser privaten Regime bzw. über Reputation. Regulieren und Organisieren (R&O) sind die Schlagwörter, nicht mehr Legiferieren und Vollstrecken. Probleme werden *bottom-up* gelöst; dort, wo sie auftauchen. Als neue Orientierungspunkte für Entscheidungsträger dienen Rankings, Benchmarkings und Standardisierungen in Lieferketten. Nationale Parlamente verlieren so an Bedeutung; an ihre Stelle treten themenbezogene Vereinigungen, in denen alle *stakeholder* vertreten sind. Dieses Szenario bringt viel Rechtsunsicherheit mit sich, bietet andererseits aber viele Chancen zur Selbstregulierung insbesondere für multinationale Unternehmen. Für Staaten und für schlecht organisierte Gruppen kann dies aber einen Steuerungsverlust bedeuten.

4. Szenario: *Legal Tribes*

Hierbei handelt es sich um das vermutlich unwahrscheinlichste Szenario. Es bewegt sich ausschliesslich auf den Achsen «national» und «privat». Die internationale Ebene tritt in den Hintergrund, und auch die nationalstaatliche Souveränität wird geschwächt. Regionale Gebietskörperschaften erfahren Aufwertung und werden durch private Governance-Mechanismen beherrscht. Für die internationale Wirtschaftstätigkeit ist dieses Szenario wohl wenig positiv, weil zu kleinteilig. In seiner erfreulicheren Variante sieht das Szenario eine Ansammlung von lokalen Gebietskörperschaften voraus, die sich selbst regulieren, unter anderem durch soziale lokale Netzwerke und Informationstechnologien. Gegebenenfalls kooperieren sie miteinander. Die weniger erfreuliche Ausprägung antizipiert eine Zunahme von «failed nation-states».

Was bedeuten diese Szenarien für die Schweiz und die Sicherung ihrer Rechtsstaatlichkeit? Sie beeinflussen vor allem zwei für die historische Entwicklung der Schweiz konstituierende Merkmale: direkte Demokratie und Neutralität. Beide würden bei Eintreffen der Szenarien einer mehr oder minder radikalen Korrektur unterzogen.

Direkte Demokratie

Direkte Demokratie bedeutet: Verlangsamung der Politik. Das Resultat: erhöhte Planungssicherheit und grössere Legitimität und Legitimation staatlicher Entscheidungen. Ein Ziel der

Schweiz der Zukunft muss es sein, sich gleichzeitig ihre (Völker-)Rechtsstaatlichkeit und auch die «Langsamkeit» der direkten Demokratie zu bewahren. Beides hat sich bewährt und wird auch in Zukunft Eckpfeiler des Schweizer Erfolgs sein. Hierfür sind allerdings institutionelle und prozedurale Lösungen zu erwägen, die es der Schweiz erlauben, bedacht auf die möglichen Szenarien zu reagieren.

Weder *Legal Borders* noch *Legal Tribes* sind als Szenarien für die direkte Demokratie übermässig gefährlich. Aber aufgrund der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit in der Schweiz wird die Rechtsstaatlichkeit potentiell bedroht, da internationale Gerichte, insbesondere der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, als Überprüfungsinstanzen geschwächt oder ganz beseitigt werden. Es wäre folglich angezeigt, Wandel innerhalb eines stabilen verfassungsrechtlichen Rahmens zu ermöglichen, indem ein Verfassungsgericht mit Prüfungskompetenz von Verfassungsinitiativen auf Grundrechts-/Völkerrechtskonformität geschaffen wird. Initiativen, die für Wirtschaftsakteure Rechtsunsicherheit schaffen und dem internationalen Wettbewerbsumfeld keine Beachtung schenken (etwa die Minderinitiative), sollten verfassungsrechtlich ebenfalls überprüfbar sein. Regelungen, die aufgrund einer Initiative geschaffen werden, sollten zudem in Gesetzes-, nicht Verfassungsform gegossen werden: Boni-Regelungen wie auch andere gesellschaftsrechtliche Thematiken gehören weder materiellrechtlich in eine Verfassung, noch gibt es einen besonderen Grund, ihnen erschwerte Abänderbarkeit zuzuweisen. Verunsicherungen im Hinblick auf das Wirtschaftsprivatrecht sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz nicht dienlich. Gleichermassen kritische Überprüfung drängt sich natürlich auf für Initiativen, durch die Rechtsunsicherheiten für in der Schweiz lebende Ausländer oder gar für Einwanderungswillige entstehen, denn solche Initiativen beeinträchtigen indirekt die Schweiz im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Die in den letzten Jahren vermehrt aufkommenden Initiativen, die sich mit der Einwanderungsproblematik beschäftigen, mögen Ängste und Dringlichkeiten kanalisieren, in ihrer neuerlichen Form stellen sie aber ein zunehmendes Reputationsproblem für die Schweiz dar – ohne die «Baustelle Einwanderungspolitik» lösungsorientiert anzugehen.

Im Szenario *Legal Borders* kommt die Problematik hinzu, dass die Schweiz als mittelgrosses Land der extraterritorialen Anwendung der Gesetze anderer Staaten oder Regionen wenig entgegenzusetzen hat. Es ist zu vermeiden, die eigene Rechtsstaatlichkeit dabei auszuhöhlen, ganz aufs Spiel zu setzen oder Massnahmen auf Notrecht zu stützen. Hier bietet sich eine frühzeitige Koalitionsbildung mit anderen Staaten an, mittels derer die Schweiz unter Umständen ihre Verhandlungsposition stärken kann. Es ist ausserdem bedenkenswert, eine Art nationalen Sicherheitsrat einzurichten, der in solchen Fragen überlegt berät.

Andere Herausforderungen warten bei den internationalisierten Szenarien. Problematisch erscheint hier insbesondere die Aushöhlung der direkten Demokratie durch *soft law*, also durch privat gesetzte oder von nationalen Exekutiven etablierte internationale Standards, welche von direktdemokratischen Entscheiden in aller Regel nicht erfasst werden. Dies muss für die Rechtsstaatlichkeit nicht unbedingt ein Problem bedeuten, für die Legitimität der Demokratie aber sehr wohl.

Ein mögliches Mittel gegen derlei Legitimitätsdefizite ist die Transparenz der Normsetzungsverfahren. Im Szenario des *Legal Internet* bietet sich der Schweiz die Chance, ihre Stellung als beliebter Standort der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auszubauen (sowohl bei der Handelsschiedsgerichtsbarkeit als Standort als auch für die schweizerischen Schiedsrichter in Investitionsschutzstreitigkeiten, da Schiedsrichter aus der EU aufgrund der neuen EU-Kompetenz potentiell nicht mehr die gewünschte Neutralität aufweisen könnten). Ebenso könnte die Schweiz als Standort für Treffen privater und öffentlicher Netzwerke dienen, so wie sie bereits für den Basler Bankenausschuss Treffpunkt ist. *Global Constitutionalism* ermöglicht der Schweiz, sich weiter als Sitzstaat für internationale Organisationen zu positionieren.

Die jetzige ökonomische «Diplomatie» starker Mächte äussert sich über Extraterritorialität und weiches Recht.

Neutralität

Werfen wir nun einen Blick darauf, welche Herausforderungen die verschiedenen Szenarien für die schweizerische Neutralität mit sich bringen. Historisch gesehen bot die Neutralität der Schweiz Schutz und verlieh ihr bis zum Ende des Kalten Krieges gar eine implizite Machtposition. Neutralität versprach mittelgrossen Staaten lange die Möglichkeit, im internationalen Spiel der Mächte eine grössere Bedeutung zu erlangen, als ihnen tatsächlich zukam. Nach Ende des Kalten Krieges allerdings verlor Neutralität diesen Sinngehalt zunehmend, die Schweiz büsste ihre *unique selling proposition* in Streitigkeiten zwischen rivalisierenden Mächten ein. Die jetzige ökonomische «Diplomatie» starker Mächte äussert sich über Extraterritorialität und weiches Recht. Hier muss es erklärtes Ziel der Schweiz sein, ihre Machtposition qua weiche Machtfaktoren zu erhalten, also etwa gute Dienste oder besonderen Sachverstand in internationalen Gremien, aber auch die Ausbildung internationaler Führungskräfte in der Schweiz.

In den Szenarien *Global Constitutionalism* und *Legal Internet* kann die Schweiz ihre internationale Reputation durch den Ausbau als Standort internationaler Organisationen und auch internationaler Nichtregierungsorganisationen bewahren; sie ist dafür bestens gerüstet. Hierzu tragen Sitzabkommen bei. Zukünftig muss Wert darauf gelegt werden, dass diese Abkommen auch durch die nationalen Justizbehörden beachtet werden. Dies war gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nicht der Fall, deren Immunitäten und Privilegien im Zusam-

menhang mit dem Vollstreckungsversuch argentinischer Gläubiger in argentinische Zentralbankguthaben bei ihr zunächst von den Basler Vollstreckungsbehörden missachtet wurden, bevor der Fall erst diesen Herbst abschliessend durch einen Bundesratsentscheid gelöst wurde. Im Szenario *Legal Internet* erscheint insbesondere problematisch, dass die Schweiz gegen internationales *soft law* nicht geschützt ist. Obwohl internationales weiches Recht sehr wirkmächtig sein kann, wie das Beispiel der *Financial Action Task Force* zeigt, gibt es bislang keinen internationalen Rechtsschutz. Schwarze Listen von Ländern, die bestimmte Standards (etwa im Finanzbereich) nicht erfüllen, können die jeweilige Industrie beeinträchtigen. Die Schweiz sollte daher darauf achten, in Zukunft in den jeweiligen Gremien nicht nur mit leiser Stimme vertreten zu sein, sondern sich vermehrt zu engagieren – sie baut auf eine sehr gute Reputation auf.

Eine weitere Möglichkeit zum Erhalt der schweizerischen Machtposition liegt in der vertieften Assoziierung mit benachbarten Regionalorganisationen. Ob diese Option erstrebenswert ist, sei an dieser Stelle offengelassen. Jedenfalls bietet sich im Szenario *Legal Borders* an, eine vermehrte Netzwerkbildung durch den Abschluss bilateraler und regionaler Wirtschaftsabkommen (Handel und Investitionen) ins Auge zu fassen, denn die WTO bietet nur noch Mindestschutz vor Protektionismus: Die Handelsströme werden immer mehr durch Regionalabkommen beeinflusst. Dazu gehört gegebenenfalls auch der weitere Ausbau der Efta.

Die Handelsströme werden immer mehr durch Regionalabkommen beeinflusst.

Die Schweiz wäre gut gerüstet für alle vier Szenarien, wenn sie sich vermehrt aktiv in internationalen Gremien engagiert, den Standort Schweiz für internationale Organisationen und NGOs fördert, Sitzabkommen geschickt verhandelt und beachtet, die Rechtssicherheit in einem verfassungsrechtlichen Rahmen mit eigener Verfassungsgerichtsbarkeit sichert und sich vermehrt um Freihandelsabkommen bemüht. Vieles davon ist auf dem Weg, aber das Schärfen des Bewusstseins für diese Faktoren in einer sich wandelnden Welt bleibt eine Aufgabe, die von allen Beteiligten einen langen Atem verlangt. ❮

6 Schanghai boomt

Ohne Eigentum kein Geld, ohne Geld kein Wirtschaften, ohne Wirtschaften kein Wohlstand, ohne Wohlstand kein Frieden. China hat viel vom Westen gelernt, sagt Gunnar Heinsohn. Ein Gespräch über Bankrottgesetze im Osten, die Aushöhlung des Eigentums im Westen und über die Zuwanderungspolitik der Zukunft.

René Scheu und Florian Rittmeyer treffen Gunnar Heinsohn

Herr Heinsohn, wir wollen uns heute über ein grosses Thema unterhalten, das sich durch die meisten Ihrer Bücher zieht: Eigentum. In Europa beobachten wir mit wachsender Sorge, wie sich die wirtschaftlichen Gewichte in Richtung Asien und Emerging Markets verschieben. Die asiatischen Staaten entdecken gerade die Bedeutung des Eigentums, während europäische Staaten aufgrund der dramatischen Schuldensituation daran sind, den Zugriff auf Eigentum zu verstärken. Teilen Sie diese Einschätzung der Lage? Und wenn ja, was bedeutet dies?

Grosso modo kann, ja muss man die Lage wohl so sehen. Wir tun uns schwer mit dem Respekt des Eigentums und verstehen nicht einmal richtig, warum nur mit ihm Demokratie und Innovationen für den Wohlstand möglich, allerdings auch Krisen unvermeidlich sind. Die provozieren immer wieder Zorn auf das Eigentum – Bewegungen zu seiner Beseitigung sind so alt sind wie das Eigentum selbst. Nicht einmal Spöttereien *à la* Franz Oppenheimer (1864–1943), dass sie Ärzten gleichen, die sich für die Heilung der Tuberkulose an die Entfernung der Lunge machen, haben den Eigentumsfeinden schaden können. Chinesen hingegen entdecken Eigentum immer klarer für sich. Das setzt unerwartete Kräfte in Gang. Nehmen wir Schanghai. Dort leben heute 15 Millionen Menschen, zweimal mehr als in der Schweiz. In Schanghai existierten noch im Jahre 1990 fast hundert Prozent der Liegenschaften, also sämtliche Grundstücke, Häuser, Wohnungen und Fabrikhallen, nur in der Form staatlichen Besitzes. 2005, bloss 15 Jahre später, hatten 90 Prozent aller Liegenschaften zusätzlich einen Eigentumstitel. Und siehe da: Schanghai boomt und hat Wachstumsraten, von denen die Europäer nur träumen können.

Der Zusammenhang von Eigentum und wirtschaftlicher Dynamik ist erst mal bloss eine Vermutung. Klären Sie uns auf – was genau ist in jenen Jahren geschehen?

Fast alle Ökonomen glauben, von Eigentum zu sprechen, wenn sie in Wirklichkeit von physischem Besitz reden. Die Leute in Schanghai hingegen haben zumindest eine Ahnung davon, was Eigentum ist. Dafür gibt es ein klares Indiz: China verabschiedete 1986 ein Bankrottgesetz, also eine Reglung für Eingriffe in das Eigentum von Überschuldeten, obwohl damals gerade zwei Prozent der Produktion von verschuldungsfähigen Privaten erbracht wurden.

Gunnar Heinsohn
ist Ökonom und emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen. Er ist Autor von «Eigentumsökonomik» (Metropolis, 2006; mit O. Steiger), «Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen» (Metropolis, 2003) und «Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft» (Rowohlt, 1996; mit O. Steiger).

So ein Gesetz macht nur Sinn, wenn es eines Tages juristisch belangbares Eigentum wirklich geben wird. Man zeigt Weitsicht, indem man sich von blosser Produktion mit Besitzgütern verabschiedet und sich den Business-Operationen des Wirtschaftens zuwendet, indem Eigentümer Verträge schliessen, Währungen besichern, Pfand für Kredit stellen, auf Zukunft handeln, verkaufen, einlösen und vollstrecken. In meiner zweiten Heimat Polen glänzt man in derselben Zeit zwar durch Tapferkeit, aber die ökonomische Weisheit der *Solidarność* erschöpft sich im Ruf nach Gewerkschaftsfreiheit. Da auch westliche Berater immer wieder nur verwirrt das Wesentliche vermeiden, schafft Warschau ein Bankrottgesetz erst 2003 und muss es 2006 schon ändern. Da hat China zwei Jahrzehnte Vorsprung.

Chinesen entdecken Eigentum immer klarer für sich. Das setzt unerwartete Kräfte in Gang.

Klingt interessant. Was genau verstehen Polens Berater nicht?

Dass sie sich lediglich um Besitz kümmern. Der regelt die Kontrolle von physischen Sachen (Gütern) und bestimmt, wer sie wann, wo, wie, gegen wen und in welchem Ausmass nutzen sowie ihre Substanz und Form ändern darf. Eigentum hingegen ist ein reiner Rechtstitel – etwas Unphysisches. Und nur mit ihm wird gewirtschaftet, während es Produktion mit Besitz schon seit dem Faustkeil des Neandertalers gibt. Die Vorstellung jedoch, dass er dieses Werkzeug gleichzeitig mit dem Auftrennen einer Tierhaut auch noch als Besicherung für Kredit einsetzen könnte, ist ihm vollkommen fremd. Verpfänden gehört nämlich zur unphysischen Eigentumsseite seines Faustkeil-Vermögens. Nur über die Ver-

pfändung von Eigentum können Firmen bei Geschäftsbanken Geld leihen – das nennt sich Eigenkapital. Die wiederum brauchen Eigenkapital, um bei Bankrott ihres Schuldners das nicht mehr heimgekehrte Geld daraus glattstellen zu können. Beide aber nutzen dabei die physische Besitzseite ihres Vermögens ungestört weiter. Bei einem Unternehmen ist das der «Betrieb». Nur seine permanente Modernisierung gibt dem wirtschaftenden Schuldner eine Chance, sein Eigentum gegen Preisverfall oder Verlust zu schützen. Kurz, nur bei Existenz von Eigentum können Leute und Firmen sich verschulden, investieren und innovieren. Sie haben also nicht nur eine, sondern zwei Potenzen zur Verfügung, verlieren aber beide auf einen Schlag, wenn sie mit ihrem Eigentum besicherte Kredite nicht bedienen können. Daraus resultiert das Getriebensein, das Niemals-zur-Ruhe-Kommen der Eigentumsgesellschaften…

…was gerade die Bewohner westlicher Länder zunehmend beklagen…
…das ist halbwegs verständlich. In jedem Moment kann irgendwo auf der Erde die Innovation geschaffen werden, die global Dutzende von Betrieben veraltet dastehen lässt und ihre Eigentumspreise gegen null treibt. Nehmen wir als Beispiel die seinerzeit beste Schreibmaschinenfabrik, AEG Olympia in Wilhelmshafen. Plötzlich kommt aus Japan der Schreibcomputer. Kunden wenden sich von mechanischen Schreibmaschinen ab. Umgehend fällt der Preis von Olympia und damit auch die Verpfändungsfähigkeit der Firma. Zu spät läuft man zu den Banken. Die nehmen den Restwert nur sehr zögerlich und gegen überhöhten Zins als Pfand für Umrüstungskredite. Doch die deutschen Ingenieure schaffen den Turnaround nicht mehr. Die letzten Produkte landen 1991 im Industriemuseum. So einfach, aber auch so brutal läuft es. Die für die Eigentumsverteidigung ausgedachten Innovationen erzeugen eine Dynamik, die Aussenstehenden aus einem Amazonas-Stamm, aber auch Besuchern aus dem Realsozialismus wie ein Wunder erscheint. Gleichwohl beschert sie immer wieder vielen Verschuldeten die Zahlungsunfähigkeit, und eben dafür braucht es Bankrottgesetze. Schanghai zeigte bereits 1986, dass in China keineswegs ein anderer Kommunismus der neuen Art am Werke war, der endlich schaffen würde, woran Stalin oder Honecker scheiterten, sondern dass der Schritt vom blossen Besitz zum Eigentum und damit zum Wirtschaften getan wurde.

Das ging etwas schnell. Bleiben wir beim Konkreten: Wie funktioniert eine Wirtschaft ohne klare Regeln im Umgang mit Eigentum?
Schauen wir weiter auf das Transformationsland Polen. Dort ruft man neoklassische Berater à la Jeffrey Sachs, die einen ewigen Gütertausch – und nicht Eigentum – für den Grund des Wirtschaftens halten. Eben deshalb machen sie den Terminus «Markt-Wirtschaft» zum globalen Markenzeichen ihrer Lehre. Doch den Markt mit seinen Kaufverträgen gibt es nur als Kind von Kreditverträgen. Die geben den Schuldnern genau vor, was sie zur Auslösung ihres verpfändeten Eigentums verdienen müssen. Den Polen rät Sachs allen Ernstes, die Schaffung von Eigentum nur als einen «final step» ins Auge zu fassen. Er will Egoismus aktivieren und ein ungehindertes Recht aufs Tauschen. Das führte in Polen durchaus zu freien Preisen und auch zu Märkten, aber das Geld für diese Operationen bleibt ohne Basis. Die ja auch im Kommunismus schon vorhandenen Fabriken – staatlicher Besitz, aber niemandes Eigentum – werden nicht korrekt verbrieft und können deshalb nicht als Pfand für Kredit dienen. Die Banken bekommen kein Eigenkapital für das Unterlegen ihrer Ausleihungen, und die Zentralbank bekommt kein Eigentum für die Besicherung ihrer Noten.

So weit, so klar. Und was bewirkt das nun in Polen?
Schauen wir dafür auf die Währungsberatung. Neoklassiker halten Geld ja nicht für einen Rechtsanspruch auf das unphysische Eigentum der Emissionsbank, sondern für ein physisches Gut – wie Schweine oder Autos –, das als «Standardgut» den Tausch zwischen eben solchen Schweinen und Autos erleichtere. Den Banken wird aufgetragen, von ihren Kunden Zins zu verlangen und durch diese Forderung das Geld knapp zu halten. Das tun die auch brav. Als nach zwölf Monaten aber etliche Schuldner nicht tilgen, gehen die Banken unter, weil sie von den Kunden kein Pfand haben, aus dem die Verluste hätten glattgestellt werden können. Ein solches Pfand wäre Eigentum gewesen, das Sachs jedoch erst als «letzten Schritt» angehen wollte. Die Schuldner hätten es also gar nicht stellen können. Jetzt muss ich allerdings ein wenig ausholen…

…es kommt die Heinsohnsche Geldtheorie. Bitte möglichst einfach!
Ich bemühe mich. Sonst können Leser diesen Absatz auch überspringen. Zins gibt es dafür, dass eine Emissionsbank ihr Eigentum, mit dem sie das Geld besichert, während des Kreditzeitraums unfrei macht. Sie darf es nicht noch einmal belasten, kann es im Kreditzeitraum auch nicht konsumieren, verkaufen oder verschenken. Die Belastung ihres Eigentums sorgt dafür, dass ihre Noten aus schlichtem Papier «wertvoll» werden, also einen Preis erzielen. Marktteilnehmer geben Eigentum für papierene Noten ja nicht deshalb her, weil sie töricht wären, sondern weil diese Papierstücke – im korrekten Fall – ihrerseits mit erstklassigem Eigentum besichert sind. Der bei solcher Besicherung von Geld erwachsende Verfügungsverlust über das Eigentum der emittierenden Zentralbank ist es, den ihre Geschäftsbankschuldner mit Zins ausgleichen müssen.

Den Markt mit seinen Kaufverträgen gibt es nur als Kind von Kreditverträgen.

Beim Weiterverleihen des bei der Zentralbank geliehenen Geldes liegt auf ihm bereits die Zinsschuld für das Belasten des Zentralbankeigentums. Warum nun liegt der Zins der Geschäftsbank höher als der bei der Zentralbank zu entrichtende? Nicht, weil die Leute hinterm Schalter doch auch etwas verdienen müssen, sondern weil die Geschäftsbank beim Kreditgeben ebenfalls

Gunnar Heinsohn, photographiert von Philipp Baer.

Eigentum belasten muss für den Fall, dass ihr Schuldner nicht tilgt oder sein Pfand unter den Preis der Schuldsumme fällt, bei Vollstreckung also die ausgeliehene Summe nur teilweise zurückgeholt werden kann und die Differenz dann aus dem Eigenkapital geholt werden muss. Auch die Geschäftsbank erleidet also einen temporären Verfügungsverlust über Eigentum, für den sie mit Zins entschädigt werden muss. Aus diesem Zinsertrag für das Unfreimachen ihres Eigentums kann sie dann Teilhaber und Angestellte bezahlen.

Und wie ging's weiter in Polen?

Obwohl, aber auch weil die polnischen Banken Eigentum mangels Information über seinen Zweck gar nicht haben, schickt man die teuren Wirtschaftsprofessoren jetzt diskret, aber entschlossen zurück in den Westen. Man holt sich gewöhnliche Bankkaufleute, die in Polen Schnellkurse abhalten. Ihre Lehre klingt so umwerfend einfach, dass sogar die «New York Times» davon beeindruckt ist: «Lesson 1: In the new economy, ask the borrowers for collateral.» Vom Schuldner muss man Pfand in Höhe der Kreditsumme verlangen. Weil an das Eigentum dafür in Polen aber niemand gedacht hatte, geht es nach dem Fiasko endlich mit seiner Schaffung los – vor allem durch den Verkauf der Wohnungen aus staatlichem Besitz an die Mieter. Daraufhin verpfänden viele Polen ihre Wohnungen für einen Bankkredit. Nach einem Jahr können die ersten Kunden Raten und Zinsen nicht zahlen. Die Banken vollstrecken in das Pfand. Nun macht der Staat den nächsten Fehler. Weil Vollstreckung in Wohneigentum zu Elend führt, wird sie den Banken gesetzlich untersagt. Über die Hintertür der Sozialpolitik wird das Eigentum kastriert, weil Banken es nun natürlich nicht mehr als Pfand akzeptieren. Statt eine Eigentumswirtschaft zu schaffen, die Wachstum generiert und sich für die – sagen wir – 2 Prozent Härtefälle Sozialwohnungen leisten kann, dürfen nun fast 100 Prozent der Leute ihr Wohneigentum nicht mehr verpfänden. Damit entfällt eine wuchtige Quelle für die Geldschaffung, die ja korrekt nur erfolgen kann, wenn am Ende jemand Pfand stellt sowie Zins und Tilgung zusagt. In Deutschland, Frankreich oder der Schweiz sind seinerzeit von 100 neuen Geldeinheiten rund 50 mit Wohneigentum besichert. In Polen erreicht man gerade mal 3 Prozent und kämpft sich mittlerweile auf mühsame 15 vor. Slowenien übrigens machte nach 1990 vieles richtig. Über Nacht wird in dem kleinen Land von 2 Millionen Menschen das kommunistisch enteignete Vermögen zu Eigentum transformiert, wodurch rund 400 000 Leute verpfändungsfähig werden. Das bringt Slowenien sehr schnell an die Spitze des Ex-Ostblocks. Mittlerweile hat es mit denselben Problemen zu kämpfen, die für die reichen europäischen Länder chronisch werden: Vergreisung und schwindende Innovationsfähigkeit. Die Zahl der Patente pro Kopf nimmt ab, während die Konkurrenz in Ostasien weiter zulegt.

«Lesson 1: In the new economy, ask the borrowers for collateral.»

Wie hätten Sie denn den Prozess in den ehemaligen Ostblockstaaten gestaltet?

Otto Steiger (1939–2008) und ich haben nach dem verheerenden Bericht über den «Zustand der slowakischen Ökonomie und die Ursachen» aus dem Jahre 1999 für Bratislava vorgeschlagen, den Staatsbesitz zu quantifizieren, zu stückeln und pro Kopf zu verteilen. Es wurde eingewendet, dass viele Leute ihr Eigentum nach der Zuteilung gleich versaufen würden. Eine solche Gefahr besteht immer, aber für diese paar Prozent braucht es dann eben Sozialpolitik. Aber solche Probleme mit Eigentumsbeschränkungen vermeiden zu wollen, zeigt nur das Unverständnis des Wirtschaftens. Die Chinesen haben das besser verstanden.

Die Chinesen haben also Heinsohn gelesen?

Einige schon! Etliche Texte sind ja auf Englisch zugänglich – die «Eigentumsökonomik» als «Ownership Economics» bei Routledge allerdings erst seit Oktober 2012. Da China sein Bankrottgesetz, das doch Vorlaufzeit benötigt, schon 1986 fertig hat und «Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft» erst 1984 kommt, haben sie Essentials der Eigentumswirtschaft schon selbst herausgefunden oder statt Ökonomieprofessoren einfach Banker befragt. Sie haben dann – zumindest für Inländer – einen tiefen Vermögensmarkt geschaffen. Die Menschen auch auf dem Land haben seit 2003 Selbsteigentum. Sie bestimmen unabhängig, wann und wo sie ohne Zins, Pfand und Tilgung an Liquidität kommen, also für Lohngeld arbeiten.

Selbsteigentum – was heisst das? Wollen Sie damit sagen, dass die Chinesen eben erst die Sklaverei abgeschafft haben?

Jeder Mensch – und damit jede Arbeitskraft – hat eine Eigentumsseite und eine Besitzseite. Die Eigentumsseite ist seine Freiheit. Dieses Eigentum ist seit Abschaffung der Sklaverei etwas Besonderes, weil es weder verkauft noch verpfändet werden kann. Der freie Arbeiter hat freilich auch eine Besitzseite, einen Betrieb aus Leib und Verstand. Als Eigentümer seiner Person verhält er sich nicht anders als der Eigentümer eines Betriebs: Er modernisiert permanent seinen Kopf. Manche tun dies erst, wenn andere vorgelegt haben, andere denken selber voraus und treiben dann alle anderen in die Fortbildung. Essentiell ist nun, wie viele Menschen einer Nation nicht fähig sind, ihren eigenen Kopf zu modernisieren. In Skandinavien und der Schweiz schätzt man den Anteil auf unter 10 Prozent. In Deutschland, Frankreich und England ist die Lage etwas ungemütlicher. 20 bis 25 Prozent der jungen Menschen werden von ihren Regierungen als «nicht ausbildungsreif» eingestuft.

Und in China?

Wir haben lediglich die 2009er Pisa-Werte für Schanghai-Chinesen. Ihre Schüler schaffen in allen Disziplinen selbst vor Korea und

Japan sowie den anderen Chinesen – Hongkong, Singapur und Taiwan – einen so grossen Vorsprung, dass wahrscheinlich eine Sonderauswahl zum Zuge gekommen ist. An ihrer Spitzenstellung zweifelt deshalb aber niemand. Auf der IQ-Weltrangliste (Heiner Rindermann/TU Chemnitz) belegen Singapur (104,95), Südkorea (104,81), Hongkong (104,21), Japan (103,95), Taiwan (103,39), Nordkorea (102,15) und Finnland (102,11) die ersten acht Plätze. Die Schweiz (100,73) schlägt sich achtbar als Nummer 11. Deutschland (99,27) liegt abgeschlagen auf Platz 23.

Die USA besetzen aufgrund globaler Eliteanwerbung zwar immer noch Spitzenplätze in Wissenschaft und Forschung, aber in der Breite (98,87) rangieren sie noch hinter Deutschland. Dass Amerikas Bevölkerung unter 18 Jahren schon jetzt zu vierzig Prozent aus Afrika und Lateinamerika stammt und sogar fünfzig Prozent der Neugeborenen aus diesen Gruppen kommen, ist dabei nicht das Problem. Die Schwierigkeiten liegen bei der Qualifikation und werden von den Bildungsforschern regelmässig und schonungslos aufgedeckt. Obwohl Washington zwischen 1970 und 2007 die Bildungsausgaben verdreifachte, werden die Schulnoten nicht einen Deut besser. Bedenklicher noch: der Vorsprung von JaChinCos (Japaner, Chinesen und Koreaner mit US-Pass) wächst gegenüber allen anderen Gruppen. Doch nicht nur Weisse – mit Ausnahme der Aschkenasen – sacken ab, auch Afrikaner und Hispanics kommen nicht nach vorne.[1]

Die Menschenwürde der Lernschwachen wiegt nicht weniger als die der Leister, weshalb sie diese Abgeschlagenen versorgen müssen. Hier stossen wir auf einen zentralen Mechanismus für die Unterminierung des Eigentumsgedankens im Westen: Ein wachsender Bevölkerungsanteil wird hilflos und muss lebenslänglich unterstützt werden. Dabei müssen die Betroffenen nicht einmal persönlich nachlassen. Aber zwischen 1960 und 2020 sinkt der Anteil der Erwerbstätigen, die ungelernt Geld verdienen können, von rund 50 auf gut 10 Prozent. Wenn diese Revolution von sinkenden Schulnoten begleitet wird, ist Dynamit im sozialen Gebäude. Zugleich erleben die meisten europäischen Nationen eine Schrumpfvergreisung. Wachstum der Anforderungen bei Vergreisung und Kompetenzabfall liefern eine brisante Mischung für die Entwicklung des Westens.

Wer das in Europa anspricht, verfällt schnell der Ächtung.

Anders die Amerikaner, die mit noch grösseren Schwierigkeiten konfrontiert sind. Obama fordert offen, «to retool the skills of the nation». Der Begriff «retool» ist gut, weil er aus der Betriebsmodernisierung stammt. Misslingt das «retooling» aber auch in der Zukunft wie in den letzten 50 Jahren, bleibt nur noch die Jagd auf die Talente der Nachbarn. In der entwickelten Welt stehen sich mittlerweile fast 60 Nationen gegenüber, die mitleidlos um jene Arbeiter werben, die ihre Köpfe eigenständig «retoolen» können. Es läuft eine globale Konkurrenz um Kompetenz, die im eigenen Land nicht mehr ausreichend nachwächst. Das läuft nicht anders als der Wettbewerb zwischen Firmen. Ich warte immer noch darauf, dass die smarten USA irgendwann jenes Angebot auf den Tisch legen, das die Kauffman-Foundation schon vor Jahren angedacht hat.

Arbeitsbewilligung auf Lebenszeit und Stipendien für die Kinder?

Fast, aber nicht ganz. Die haben gesagt: Wer irgendwo auf der Welt das Abitur schafft, soll sich an den Eingangstests amerikanischer Universitäten beteiligen dürfen. Nicht in Theaterwissenschaften, sondern in Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Wer in diesen Hard Sciences die Aufnahmeprüfung besteht, erhält im Briefumschlag mit den Immatrikulationspapieren auch gleich noch einen amerikanischen Pass.

Ich weiss nicht, wie durchdacht der Vorschlag ist. Der amerikanische Pass war auch schon begehrter als heute.

Amerika kann zur Not immer noch einen Schuss abfeuern. Das kann interessant werden. Doch was ist die Hauptsorge eines jungen Kompetenten, der irgendwo anklopft? Er fragt sich immer, ob er Aussicht auf eine sichere Altersversorgung hat. Wenn er nach Deutschland kommt, hört er nur, dass er die Rentner retten möge, aber selber mit Altersarmut zufrieden sein müsse. Da wird ein junges Talent vorsichtig. Der Kauffman-Foundation schlage ich deshalb vor, auch noch eine Lebensversicherung mit in den Umschlag zu stecken, die zwei oder drei Jahre im voraus bezahlt ist. Wenn das erst einmal eine unserer 60 Nationen auf den Tisch legt, geht die Konkurrenz um Arbeitskräfte erst richtig los. Dann können wir täglich – wie Börsenkurse und Wettervorhersagen – in den Gazetten lesen, wer wohin geht und wer wo wegzieht. Ich bin mir sicher: Dieser Wettbewerb wird kommen, weil er still schon läuft und die schrumpfvergreisenden Nationen gar keine andere Wahl haben.

Die Schweiz steht gut da – sie wird von qualifizierten Leuten seit Jahren geradezu überrannt.

Wo sehen Sie hier die Schweiz?

Die Schweiz steht gut da – sie wird von qualifizierten Leuten seit Jahren geradezu überrannt, ohne sich darum besonders bemühen zu müssen. Sie erlaubt es sich sogar, nichteuropäische Fachkräfte abzuweisen – das ist ein Luxus, den man sich erst mal leisten können muss. Die angelsächsischen Länder haben ebenfalls passable Aussichten. Sie sind pragmatisch und Magnet für alle ohnehin Englisch sprechenden Könner aus dem früheren Empire. Auch China

[1] «Zwei bis drei Jahre» liegen ihre Vierzehnjährigen zurück (mckinseyonsociety.com/downloads/reports/Education/achievement_gap_report.pdf). «Die Testnoten von Minderheitenstudenten [ausser JaChinKos] liegen heute [2012] noch niedriger als vor zehn Jahren. Die Gründe für diesen Rückgang sind nicht gut verstanden, aber die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen stellen die Nation vor ein gewaltiges Problem.» (policyoptions.pbworks.com/w/page/17512522/Achievement%20Gap).

mit einem Durchschnittsalter von 36 Jahren (D: 45; CH: 42) versteht die Zeichen der Zeit. Sein Chefdenker Yan Xuetong schreibt in der «New York Times»: «Wie China die USA schlagen kann.» Darin zeigt er, wie frühere chinesische Dynastien sich Talente aus der ganzen Welt geholt haben. China müsse an diese Tradition anknüpfen, wenn es im «global war for talent» nicht untergehen wolle.

Fassen wir zusammen: Sie sehen Europa auf dem absteigenden Ast. Die Alterssicherung ist so unsicher wie seit 50 Jahren nicht mehr, das Bildungsniveau sinkt tendenziell, ebenso die Geburtenrate. Hingegen nehmen die Verschuldungsquoten zu, und damit einher geht eine Aushöhlung des Eigentums, denn die Staaten brauchen Geld.

Der Staat wird in Europa längst als Instanz gesehen, die dem Bürger, dem Unternehmer, dem Konsumenten, kurz, allen die Risiken nehmen soll. Möglichst viele Lasten werden über Staatsschulden geschultert. Von 10 auf 31 Billionen Dollar steigen sie im Westen allein zwischen 2001 und 2011. In Griechenland treibt man das ausgeprägter als in Italien und dort lässiger als in Deutschland. Der italienische Privatmann hat dabei deutlich mehr Vermögen als der deutsche. Aber als Staatsbürger hat der Italiener bald doppelt so viel Schulden wie der deutsche. Die griechische Kirche mit einem Vermögen von 700 Milliarden Euro könnte allein den griechischen Staat entschulden. Gleichwohl wird gefordert, dass der deutsche Staatsbürger nicht so geizig sein und die Haftung für die Staatsschulden anderer Länder übernehmen soll…

Wenn eine Gesellschaft unter 1,8 Babys pro Frau hat, wird die Schrumpfvergreisung Dauerzustand.

…wenn sich der Staat also verschuldet…

…obwohl sich der leistende Bürger verschulden könnte und dies einfach nicht möchte…

…dann hat dies zur Konsequenz, dass der Staat immer mehr Geld zur Begleichung von Schuldzinsen aufwenden muss. Also muss sich der Staat das Geld irgendwo holen und tut dies in Form von Steuern. Am Ende bezahlt also trotzdem der Bürger.

So ist es – er bezahlt es durch Enteignung über Steuern oder durch Entwertung über Inflation. Doch wenn Bürger sich selber verschulden, statt Leistungen über ihre eigenen Steuern vom Staat zu erwarten, gehen sie mit dem aufgenommenen Geld viel ökonomischer um. Klar, braucht es Strassen, Infrastruktur und Rechtsapparate. Wenn sich aber der Staat im Namen der Bürger verschuldet, bietet er mehr an, als die Bürger sich selbst leisten, solange sie für Kredit ihr persönliches Eigentum als Pfand stellen müssen. Also wird es im Endeffekt für den Bürger teurer. Doch für viele Länder sind das nur noch akademische Überlegungen. Nicht so sehr über Steuern, sondern über immer mehr Schuldpapiere im Namen der Bürger gibt es Leistungen für sie. Das wird durchaus gespürt, und kaum jemand möchte, dass dieses gigantische Schneeballsystem noch zu seinen Lebzeiten auffliegt. Denn womit wären diese Staatsschulden einmal bedienbar?

Mit weiteren Staatsschulden – also mit künftigen Erträgen der Steuerzahler.

In der Theorie – denn in Frage steht ja, ob es diese Steuerzahler in 20 Jahren in Europa noch geben wird. Der deutsche Bürger hat heute pro Kopf 25 000 Euro Schulden. 1970 waren es umgerechnet 800 Euro. Nun weiss etwa die deutsche Schuldenverwaltung in Karlsruhe ja genau, wer ihre Papiere hält, wem sie also Zinsen und Tilgungen über 2000 Milliarden Euro überweisen muss. Der Staat könnte einmal auf die Idee verfallen, eine Steuer von 50 Prozent auf diese Schuldpapiere zu erheben und zugleich anzubieten, dass diese Sondersteuer mit ebensolchen Staatsanleihen beglichen werden kann. Dann wäre zwar die Hälfte der Schulden weg, aber auch eine enorme Enteignung erfolgt. Zum Beispiel könnten die mit Staatspapieren vollgesaugten Lebensversicherungen nur noch die Hälfte der erwarteten Altersbezüge auszahlen. Man könnte die Staatspapiere per Sondergesetz auch zinslos stellen und unbefristet bis in die Ewigkeit laufen lassen. Dann bräuchte sich niemand mehr um die Papiere zu kümmern. Neue würde einem solchen Staat aber auch niemand mehr abkaufen. Die Alternative besteht darin, ständig zu prüfen, ob sich Bürger selber verschulden können. Aber dies würde ein krasses Umdenken erfordern; Ansätze dazu sind nicht erkennbar: Bei immer mehr Hilflosen, die sich gar nicht verschulden können, wird es Änderungen von oben auch nicht geben. Deshalb wird unten jeder, der noch leistungsfähig ist, nach einem Aufnahmestaat suchen, in dem er mit seiner Kompetenz für sich selbst dauerhaft etwas erreichen kann. Zwischen Elbe und Japanischem Meer sowie zwischen Lettland und Griechenland läuft diese Abstimmung mit den Füssen massiv und ohne Halten.

Das ist mir zu defätistisch. Die Europäer können auch wieder mit viel Einsatz hervorragende Eigentumspositionen schaffen, um intellektuelles Kapital anzuziehen. Dann sieht die Sache plötzlich wieder ganz anders aus.

Das werden fast alle brutal versuchen. Denn wenn eine Gesellschaft unter 1,8 Babys pro Frau hat, wird die Schrumpfvergreisung Dauerzustand. Nehmen wir nur – Kleinststaaten ausgenommen – die beiden reichsten Länder Europas: die Schweiz und Norwegen. Die Schweiz liegt bei 1,4 Babys. Norwegen ist noch wohlhabender, schafft aber auch nur 1,7. Ohne Einwanderung wären beide Länder ohne Überlebenschance. Das Problem, wie die OECD-Länder ihre Bevölkerungszahl auch nur stabilisieren können, scheint mir deshalb noch grösser als die Regeneration der Potenzen des Eigentums. Und selbst wenn man den hellen Köpfen eine längere Lebensarbeitszeit aufnötigt, wird das nicht viel ändern, weil die innovativen Jahre nun einmal zwischen 15 und 35 Jahren liegen, also zwischen 55 und 75 nicht einfach wiederholt werden können. ‹

Impressum

«Schweizer Monat», Sonderthema 8
92. Jahr, Dezember 2012
ISSN 0036 7400

VERLAG
SMH Verlag AG

HERAUSGEBER & CHEFREDAKTOR
René Scheu
rene.scheu@schweizermonat.ch

RESSORT POLITIK & WIRTSCHAFT
Florian Rittmeyer
florian.rittmeyer@schweizermonat.ch

RESSORT KULTUR
Michael Wiederstein
michael.wiederstein@schweizermonat.ch

Stage
Serena Jung
serena.jung@schweizermonat.ch

KORREKTORAT
Roger Gaston Sutter
Der «Schweizer Monat» folgt den Vorschlägen zur Rechtschreibung der Schweizer Orthographischen Konferenz (SOK), www.sok.ch.

GESTALTUNG & PRODUKTION
Sabine Ruepp, aformat, www.aformat.ch

TITELBILD
mauritius images / Alamy

MARKETING & VERKAUF
Urs Arnold
urs.arnold@schweizermonat.ch

ADMINISTRATION/LESERSERVICE
Anneliese Klingler (Leitung)
anneliese.klingler@schweizermonat.ch
Rita Winiger
rita.winiger@schweizermonat.ch

ADRESSE
«Schweizer Monat»
SMH Verlag AG
Vogelsangstrasse 52
8006 Zürich
+41 (0)44 361 26 06
www.schweizermonat.ch

ANZEIGEN
anzeigen@schweizermonat.ch

PREISE AB 1.1.2013
Jahresabo Fr. 185.– / Euro 135.–
2-Jahres-Abo Fr. 330.– / Euro 245.–
Abo auf Lebenszeit / auf Anfrage
Einzelheft Fr. 20.– / Euro 17.–
Studenten und Auszubildende erhalten
50% Ermässigung auf das Jahresabonnement.

DRUCK
pmc Print Media Corporation, Oetwil am See
www.pmcoetwil.ch

BESTELLUNGEN
www.schweizermonat.ch

schweizer monat SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

« Die Beiträge im ‹Schweizer Monat› kennen keine Denkverbote. Eine geistige Frischzellenkur und Pflichtlektüre!»

Karin Keller-Sutter, St. Galler Ständerätin

Jetzt abonnieren
www.schweizermonat.ch